

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Hessen · Teil I

1992	Ausgegeben zu Wiesbaden am 7. Oktober 1992	Nr. 23
Tag	Inhalt	Seite
28. 9. 92	Gesetz zum Europäischen Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen <i>GVBl. II Anhang Staatsverträge</i>	402
28. 9. 92	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 1992 (Nachtragshaushaltsgesetz 1992) und zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes <i>Ändert GVBl. II 43-59; 41-16</i>	446
2. 10. 92	Gesetz zu dem Staatsvertrag vom 4. Dezember 1991 über die Änderung des Staatsvertrages über das Fernunterrichtswesen <i>GVBl. II Anhang Staatsverträge</i>	451
2. 10. 92	Hessisches Gesetz über das Liegenschaftskataster und die Landesvermessung (Hessisches Vermessungsgesetz — HVG —) <i>GVBl. II 363-28</i>	453
2. 10. 92	Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Felder und Gärten gegen fremde Tauben und zur Aufhebung des Brieftaubengesetzes <i>Hebt auf GVBl. II 882-12</i>	460
10. 9. 92	Verordnung über die rettungsdienstliche Versorgung bei größeren Schadensereignissen <i>GVBl. II 351-46</i>	461
16. 9. 92	Fünfte Verordnung zur Änderung der Bautechnischen Prüfungsverordnung <i>Ändert GVBl. II 361-67</i>	467
18. 9. 92	Anordnung zur Änderung der Anordnung über Zuständigkeiten in Personalangelegenheiten der Beamten im Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz <i>Ändert GVBl. II 320-106</i>	468

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Gesetz
zum Europäischen Übereinkommen
über das grenzüberschreitende Fernsehen*)**

Vom 28. September 1992

§ 1

(1) Dem am 5. Mai 1989 vom Europarat zur Zeichnung und Ratifikation aufgelegten und am 9. Oktober 1991 von der Bundesrepublik Deutschland gezeichneten Europäischen Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

(2) Die Vorschriften des Rundfunkstaatsvertrages vom 31. August 1991

(GVBl. I S. 367, 370) und des ZDF-Staatsvertrages vom 31. August 1991 (GVBl. I S. 367, 383) bleiben unberührt.

§ 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Art. 29 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 1 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Gesetz- und Verordnungsblatt Teil I bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 28. September 1992

Der Hessische Ministerpräsident
Eichel

*) GVBl. II Anhang Staatsverträge

Europarat

Europäisches Übereinkommen
über das grenzüberschreitende Fernsehen

Präambel

Die Mitgliedstaaten des Europarats und die anderen Vertragsstaaten des Europäischen Kulturabkommens, die dieses Übereinkommen unterzeichnen —

in der Erwägung, daß es das Ziel des Europarats ist, eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern herbeizuführen, um die Ideale und Grundsätze, die ihr gemeinsames Erbe sind, zu wahren und zu fördern;

in der Erwägung, daß die Würde und der gleiche Wert jedes Menschen Grundbestandteile dieser Grundsätze darstellen;

in der Erwägung, daß die Freiheit der Meinungsäußerung und Information, wie sie in Artikel 10 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten verankert ist, einer der wesentlichen Grundsätze einer demokratischen Gesellschaft und eine der Grundvoraussetzungen für ihren Fortschritt und für die Entwicklung jedes Menschen ist;

in Bekräftigung ihres Bekenntnisses zu den Grundsätzen des freien Flusses von Informationen und Ideen und der Unabhängigkeit der Rundfunkveranstalter, die eine unerläßliche Grundlage für ihre Rundfunkpolitik darstellen;

in Bestätigung der Bedeutung des Rundfunks für die kulturelle Entwicklung und die freie Meinungsbildung unter Bedingungen, die Pluralismus und Chancengleichheit für alle demokratischen Gruppen und politischen Parteien gewährleisten;

überzeugt, daß die ständige Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie dazu beitragen sollte, das Recht zu fördern, ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen, Informationen und Ideen, aus welcher Quelle sie auch stammen mögen, zu äußern, zu beschaffen, zu empfangen und zu übermitteln;

in dem Wunsch, der Öffentlichkeit eine immer größere Auswahl an Programmen zur Verfügung zu stellen und dabei das europäische Erbe zu mehren und das audiovisuelle Schaffen in Europa zu entwickeln, sowie in dem Entschluß, dieses kulturelle Ziel durch das Bemühen um die Steigerung der Produktion und der Verbreitung qualitativ hochwertiger Sendungen zu erreichen und dadurch den Erwartungen der Öffentlichkeit auf dem Gebiet der Politik, der Bildung und der Kultur Rechnung zu tragen;

in der Erkenntnis, daß es notwendig ist, die gemeinsame allgemeine Rahmenregelung zu festigen;

eingedenk der Entschließung Nr. 2 und der Erklärung der Ersten Europäischen Ministerkonferenz über Massenmedienpolitik;

in dem Wunsch, die in den bestehenden Europaratsempfehlungen über die Grundsätze der Fernsehwerbung, über die Gleichstellung von Frau und Mann in den Medien, über die Nutzung von Satellitenkapazität für Fernsehen und Hörfunk sowie über die Förderung der audiovisuellen Produktion in Europa verankerten Grundsätze weiter zu entwickeln — sind wie folgt übereingekommen:

KAPITEL I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Ziel und Zweck

Dieses Übereinkommen befaßt sich mit den Programmen, die verbreitet werden. Es verfolgt den Zweck, zwischen den Vertragsparteien die grenzüberschreitende Verbreitung und Weiterverbreitung von Fernsehprogrammen zu erleichtern:

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Übereinkommens bedeutet

- a) „Verbreitung“ die Erstaussstrahlung von Fernsehprogrammen, die zum Empfang durch die Allgemeinheit bestimmt sind, über terrestrische Sender, über Kabel oder über Satelliten jeder Art in verschlüsselter oder unverschlüsselter Form. Der Ausdruck schließt Fernmeldedienste, die auf individuellen Abruf geleistet werden, nicht ein;
- b) „Weiterverbreitung“ den Empfang und — ungeachtet der eingesetzten technischen Mittel — die gleichzeitige, vollständige und unveränderte Weiterverbreitung von Fernsehprogrammen oder wichtigen Teilen solcher Programme, die von Rundfunkveranstaltern für den Empfang durch die Allgemeinheit verbreitet werden;
- c) „Rundfunkveranstalter“ die natürliche oder juristische Person, die Fernsehprogramme für den Empfang durch die Allgemeinheit zusammenstellt und sie verbreitet oder vollständig und unverändert durch einen Dritten verbreiten läßt;
- d) „Programm“ die Gesamtheit der Sendungen eines bestimmten Programms, das durch einen Rundfunkveranstalter im Sinne des Buchstabens c bereitgestellt wird;

- e) „europäische audiovisuelle Werke“ kreative Arbeiten, deren Produktion oder Koproduktion von europäischen natürlichen oder juristischen Personen kontrolliert wird;
- f) „Werbung“ jede öffentliche Äußerung zur Förderung des Verkaufs, des Kaufs oder der Miete oder Pacht eines Erzeugnisses oder einer Dienstleistung, zur Unterstützung einer Sache oder Idee oder zur Erzielung einer anderen vom Werbetreibenden gewünschten Wirkung, wofür dem Werbetreibenden gegen Bezahlung oder eine ähnliche Gegenleistung Sendezeit zur Verfügung gestellt wird;
- g) „Sponsern“ die Beteiligung einer natürlichen oder juristischen Person, die an Rundfunkaktivitäten oder an der Produktion audiovisueller Werke nicht beteiligt ist, an der direkten oder indirekten Finanzierung einer Sendung, um den Namen, die Marke oder das Erscheinungsbild der Person zu fördern.

Artikel 3

Geltungsbereich

Dieses Übereinkommen gilt für jedes Programm, das durch Rechtsträger oder mittels technischer Einrichtungen im Hoheitsbereich einer Vertragspartei über Kabel, über terrestrische Sender oder über Satelliten verbreitet oder weiterverbreitet wird und das direkt oder indirekt in einer oder mehreren anderen Vertragsparteien empfangen werden kann.

Artikel 4

Freiheit des Empfangs und der Weiterverbreitung

Die Vertragsparteien sichern die freie Meinungsäußerung und die Informationsfreiheit in Übereinstimmung mit Artikel 10 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten; sie gewährleisten die Freiheit des Empfangs und schränken die Weiterverbreitung von Programmen, die den Bestimmungen dieses Übereinkommens entsprechen, in ihrem Hoheitsgebiet nicht ein.

Artikel 5

Pflichten der sendenden Vertragsparteien

(1) Jede sendende Vertragspartei sorgt durch geeignete Mittel und durch ihre zuständigen Stellen dafür, daß alle Programme, die durch Rechtsträger oder mittels technischer Einrichtungen in ihrem Hoheitsbereich im Sinne des Artikels 3 verbreitet werden, den Bestimmungen dieses Übereinkommens entsprechen.

(2) Für die Zwecke dieses Übereinkommens ist die sendende Vertragspartei

- a) im Fall einer terrestrischen Verbreitung die Vertragspartei, in der die Erstausstrahlung durchgeführt wird;
- b) im Fall der Verbreitung über Satelliten
 - i) die Vertragspartei, in der sich die Aufwärtsverbindung zum Satelliten befindet;
 - ii) die Vertragspartei, die das Recht auf Nutzung einer Frequenz oder einer Satellitenkapazität gewährt, wenn sich die Aufwärtsverbindung in einem Staat befindet, der nicht Vertragspartei dieses Übereinkommens ist;
 - iii) die Vertragspartei, in welcher der Rundfunkveranstalter seinen Sitz hat, wenn die Zuständigkeit nach den Ziffern i und ii nicht festgelegt ist.

(3) Wenn Programme, die aus Staaten verbreitet werden, die nicht Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, durch Rechtsträger oder mittels technischer Einrichtungen im Hoheitsbereich einer Vertragspartei im Sinne des Artikels 3 weiterverbreitet werden, stellt diese Vertragspartei, indem sie als sendende Vertragspartei handelt, durch geeignete Mittel und durch ihre zuständigen Stellen sicher, daß den Bestimmungen dieses Übereinkommens entsprochen wird.

Artikel 6

Bereitstellung von Informationen

(1) Die Verantwortlichkeiten des Rundfunkveranstalters werden in der von der zuständigen Behörde jeder Vertragspartei ausgestellten Genehmigung oder in dem mit dieser Behörde geschlossenen Vertrag oder durch eine andere rechtliche Maßnahme eindeutig und hinreichend festgelegt.

(2) Die zuständige Behörde der sendenden Vertragspartei stellt auf Ersuchen Informationen über den Rundfunkveranstalter zur Verfügung. Diese Informationen umfassen zumindest den Namen oder die Bezeichnung, den Sitz und die Rechtsstellung des Rundfunkveranstalters, den Namen des gesetzlichen Vertreters, die Zusammensetzung des Kapitals sowie Art, Zweck und Modalität der Finanzierung des Programms, das der Rundfunkveranstalter bereitstellt oder bereitzustellen beabsichtigt.

KAPITEL II

Bestimmungen zur Programmgestaltung

Artikel 7

Verantwortlichkeiten des Rundfunkveranstalters

(1) Alle Sendungen eines Programms müssen im Hinblick auf ihre Aufmachung und ihren Inhalt die Menschenwürde und die Grundrechte anderer achten. Insbesondere dürfen sie

- a) nicht unsittlich sein und namentlich keine Pornographie enthalten;
- b) Gewalt nicht unangemessen herausstellen und nicht geeignet sein, zum Rassenhaß aufzustacheln.

(2) Alle Sendungen eines Programms, die geeignet erscheinen, die körperliche, geistig-seelische oder sittliche Entwicklung von Kindern oder Jugendlichen zu beeinträchtigen, dürfen nicht verbreitet werden, wenn anzunehmen ist, daß sie aufgrund der Sende- und Empfangszeit von Kindern oder Jugendlichen gesehen werden.

(3) Der Rundfunkveranstalter sorgt dafür, daß Nachrichtensendungen die Tatsachen und Ereignisse sachgerecht darstellen und die freie Meinungsbildung fördern.

Artikel 8

Recht auf Gegendarstellung

(1) Jede sendende Vertragspartei stellt sicher, daß jede natürliche oder juristische Person ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit oder ihres Wohnorts beziehungsweise Sitzes die Möglichkeit hat, im Hinblick auf Sendungen, die durch Rechtsträger oder mittels technischer Einrichtungen in ihrem Hoheitsbereich im Sinne des Artikels 3 verbreitet oder weiterverbreitet werden, ein Recht auf Gegendarstellung auszuüben oder andere vergleichbare gerichtliche oder verwaltungsrechtliche Mittel in Anspruch zu nehmen. Sie sorgt insbesondere dafür, daß die für die Ausübung des Rechts auf Gegendarstellung vorgesehenen Fristen und anderen Modalitäten so gestaltet sind, daß dieses Recht wirksam ausgeübt werden kann. Die wirksame Inanspruchnahme dieses Rechts oder anderer vergleichbarer gerichtlicher oder verwaltungsrechtlicher Mittel wird sowohl hinsichtlich der Fristen als auch hinsichtlich der Anwendungsmodalitäten gewährleistet.

(2) Zu diesem Zweck wird der Name des Rundfunkveranstalters, der für das Programm verantwortlich ist, darin in regelmäßigen Abständen in geeigneter Weise angegeben.

Artikel 9

Zugang der Öffentlichkeit zu bedeutenden Ereignissen

Jede Vertragspartei prüft die rechtlichen Maßnahmen, mit denen vermieden werden soll, das Recht der Öffentlichkeit auf Information dadurch in Frage zu stellen, daß ein Rundfunkveranstalter Exklusivrechte zur Verbreitung oder Weiterverbreitung im Sinne des Artikels 3 bei Ereignissen von großem Interesse für die Öffentlichkeit so ausübt, daß einem

wesentlichen Teil der Öffentlichkeit in einer oder mehreren anderen Vertragsparteien die Möglichkeit genommen wird, dieses Ereignis im Fernsehen zu verfolgen.

Artikel 10

Kulturelle Ziele

(1) Jede sendende Vertragspartei sorgt, im Rahmen des praktisch Durchführbaren und mit angemessenen Mitteln dafür, daß die Rundfunkveranstalter den Hauptanteil ihrer Sendezeit europäischen Werken vorbehalten; ausgenommen ist die für Nachrichten, Sportereignisse, Spielschows, Werbung und Videotextdienste vorgesehene Sendezeit. Dieser Anteil soll unter Berücksichtigung der Verantwortung des Rundfunkveranstalters gegenüber seinem Publikum in den Bereichen Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung schrittweise auf der Grundlage geeigneter Kriterien erreicht werden.

(2) Können sich eine empfangende und eine sendende Vertragspartei über die Anwendung des Absatzes 1 nicht einigen, so kann auf Verlangen einer der beiden Parteien der Ständige Ausschuß ersucht werden, ein Gutachten zu der Angelegenheit abzugeben. Eine solche Meinungsverschiedenheit kann nicht dem in Artikel 26 vorgesehenen Schiedsverfahren unterworfen werden.

(3) Die Vertragsparteien verpflichten sich, gemeinsam nach den geeignetsten Mitteln und Verfahren zu suchen, um ohne Benachteiligung einzelner Rundfunkveranstalter die Tätigkeit und die Entwicklung der europäischen Produktion zu unterstützen, insbesondere in Vertragsparteien mit geringer Produktionskapazität für audiovisuelle Werke oder begrenztem Sprachraum.

(4) Die Vertragsparteien bemühen sich im Geist der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Unterstützung, der diesem Übereinkommen zugrunde liegt, zu vermeiden, daß Programme, die durch Rechtsträger oder mittels technischer Einrichtungen in ihrem Hoheitsbereich im Sinne des Artikels 3 verbreitet oder weiterverbreitet werden, die Vielfalt der Presse und die Entwicklung der Filmindustrie gefährden. Daher darf kein Kinofilm vor Ablauf von zwei Jahren nach seiner Erstausführung im Kino durch diese Programme verbreitet werden, sofern nicht die Rechteinhaber und der Rundfunkveranstalter etwas anderes vereinbaren; bei Kinofilmen, die in Zusammenarbeit mit dem Rundfunkveranstalter hergestellt wurden, beträgt diese Frist ein Jahr.

KAPITEL III

Werbung

Artikel 11

Allgemeine Normen

(1) Jede Werbung muß lauter und ehrlich sein.

(2) Werbung darf nicht irreführen und den Interessen der Verbraucher nicht schaden.

(3) Werbung, die sich an Kinder richtet oder Kinder einsetzt, muß alles vermeiden, was deren Interessen schaden könnte, und muß deren besondere Beeindruckbarkeit berücksichtigen.

(4) Ein Werbetreibender darf keinen redaktionellen Einfluß auf den Programminhalt ausüben.

Artikel 12

Dauer

(1) Die Werbedauer darf 15 Prozent der täglichen Sendezeit nicht überschreiten. Dieser Prozentsatz darf jedoch auf 20 Prozent angehoben werden, wenn Werbeformen wie direkte Angebote an die Öffentlichkeit für den Verkauf, den Kauf oder die Miete oder Pacht von Erzeugnissen oder die Erbringung von Dienstleistungen eingeschlossen werden; die Dauer der Spotwerbung darf aber 15 Prozent nicht überschreiten.

(2) Die Dauer der Spotwerbung innerhalb eines gegebenen Einstundenzeitraums darf 20 Prozent nicht überschreiten.

(3) Werbeformen wie direkte Angebote an die Öffentlichkeit für den Verkauf, den Kauf oder die Miete oder Pacht von Erzeugnissen oder die Erbringung von Dienstleistungen dürfen eine Stunde am Tag nicht überschreiten.

Artikel 13

Form und Aufmachung

(1) Werbung muß klar als solche erkennbar und durch optische oder akustische Mittel eindeutig von anderen Programmteilen getrennt sein. Grundsätzlich wird sie in Blöcken gesendet.

(2) Unterschwellige Werbung ist verboten.

(3) Schleichwerbung, insbesondere die Darstellung von Erzeugnissen oder Dienstleistungen in Sendungen zu Werbezwecken, ist verboten.

(4) In der Werbung dürfen weder im Bild noch im Ton Personen auftreten, die regelmäßig Nachrichtensendungen und Sendungen zum politischen Zeitgeschehen vorstellen.

Artikel 14

Einfügung der Werbung

(1) Werbung wird zwischen Sendungen eingefügt. Unter den in den Absätzen 2 bis 5 genannten Voraussetzungen kann Werbung auch in Sendungen eingefügt werden, sofern der Gesamtzusammenhang und der Wert der Sendung sowie die Rechte der Rechteinhaber nicht beeinträchtigt werden.

(2) In Sendungen, die aus eigenständigen Teilen bestehen, oder in Sportsendungen und Übertragungen ähnlich gegliederter Ereignisse und Darbietungen, die Pausen enthalten, darf Werbung nur zwischen den eigenständigen Teilen oder in die Pausen eingefügt werden.

(3) Die Verbreitung audiovisueller Werke wie Kinospielefilme und Fernsehfilme (mit Ausnahme von Serien, Reihen, leichten Unterhaltungssendungen und Dokumentarsendungen) darf unter der Voraussetzung, daß diese länger dauern als 45 Minuten, einmal je vollständigem 45-Minuten-Zeitraum unterbrochen werden. Eine weitere Unterbrechung ist zulässig, wenn diese Werke mindestens 20 Minuten länger dauern als zwei oder mehr vollständige 45-Minuten-Zeiträume.

(4) Werden andere als die von Absatz 2 erfaßten Sendungen durch Werbung unterbrochen, so soll der Abstand zwischen zwei aufeinanderfolgenden Unterbrechungen innerhalb der Sendung mindestens 20 Minuten betragen.

(5) Die Übertragung von Gottesdiensten darf nicht durch Werbung unterbrochen werden. Nachrichtensendungen und Sendungen zum politischen Zeitgeschehen, Dokumentarsendungen, Sendungen religiösen Inhalts und Kindersendungen dürfen nicht durch Werbung unterbrochen werden, wenn sie kürzer als 30 Minuten sind. Dauern sie 30 Minuten oder länger, so gelten die Bestimmungen der Absätze 1 bis 4.

Artikel 15

Werbung für bestimmte Erzeugnisse

(1) Werbung für Tabakerzeugnisse ist verboten.

(2) Werbung für alle Arten von alkoholischen Getränken muß folgenden Regeln entsprechen:

a) Sie darf sich nicht eigens an Minderjährige richten; niemand, der wie ein Minderjähriger aussieht, darf in der Werbung mit dem Konsum alkoholischer Getränke in Zusammenhang gebracht werden;

b) sie darf den Konsum von Alkohol nicht mit körperlicher Leistung oder mit dem Autofahren in Verbindung bringen;

- c) sie darf nicht vorgeben, daß Alkohol therapeutische Eigenschaften besitzt oder ein Anregungs- oder Beruhigungsmittel oder ein Mittel zur Lösung persönlicher Probleme ist;
- d) sie darf nicht zum unmäßigen Konsum von Alkohol ermutigen oder Abstinenz oder Mäßigung in einem negativen Licht erscheinen lassen;
- e) sie darf den Alkoholgehalt von Getränken nicht ungebührlich betonen.

(3) Werbung für Medikamente und medizinische Behandlungen, die in der sendenden Vertragspartei nur auf ärztliche Verordnung erhältlich sind, ist verboten.

(4) Werbung für alle anderen Medikamente und medizinischen Behandlungen muß klar als solche erkennbar, ehrlich, wahrheitsgemäß und nachprüfbar sein und der Forderung entsprechen, daß sie für den Menschen nicht schädlich sind.

Artikel 16

Werbung, die sich eigens an eine einzelne Vertragspartei richtet

(1) Um Wettbewerbsverzerrungen und die Gefährdung des Fernsehsystems einer Vertragspartei zu vermeiden, darf Werbung, die sich eigens und häufig an Zuschauer in einer einzelnen Vertragspartei außerhalb der sendenden Vertragspartei richtet, die für die Fernsehwerbung geltenden Vorschriften dieser Vertragspartei nicht umgehen.

(2) Absatz 1 gilt nicht,

- a) wenn die betreffenden Vorschriften die Werbung, die durch Rechtsträger oder mittels technischer Einrichtungen im Hoheitsbereich der sendenden Vertragsparteien verbreitet wird, schlechter stellen als die Werbung, die durch Rechtsträger oder mittels technischer Einrichtungen im Hoheitsbereich dieser empfangenden Vertragspartei verbreitet wird, oder
- b) wenn die betreffenden Vertragsparteien zwei- oder mehrseitige Übereinkünfte auf diesem Gebiet geschlossen haben.

KAPITEL IV

Sponsern

Artikel 17

Allgemeine Normen

(1) Eine Sendung oder eine Folge von Sendungen, die insgesamt oder teilweise gesponsert werden, müssen durch entsprechende Kennzeichnungen zu Beginn und/oder am Ende der Sendung eindeutig als solche bezeichnet werden.

(2) Inhalt und Zeitplanung gesponserter Sendungen dürfen unter keinen Umständen durch den Sponsor so beeinflusst

werden, daß die Verantwortung und die redaktionelle Unabhängigkeit des Rundfunkveranstalters im Hinblick auf die Sendungen beeinträchtigt werden.

(3) Gesponserte Sendungen dürfen nicht zum Verkauf, zum Kauf oder zur Miete oder Pacht von Erzeugnissen oder Dienstleistungen des Sponsors oder eines Dritten ermutigen, namentlich nicht durch besondere verkaufsfördernde Hinweise auf derartige Erzeugnisse oder Dienstleistungen in diesen Sendungen.

Artikel 18

Verbotenes Sponsern

(1) Sendungen dürfen nicht durch natürliche oder juristische Personen gesponsert werden, deren Haupttätigkeit in der Herstellung oder dem Verkauf von Erzeugnissen oder der Erbringung von Dienstleistungen besteht, für die Werbung aufgrund des Artikels 15 verboten ist.

(2) Das Sponsern von Nachrichtensendungen und Sendungen zum politischen Zeitgeschehen ist verboten.

KAPITEL V

Gegenseitige Hilfeleistung

Artikel 19

Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien

(1) Die Vertragsparteien kommen überein, sich gegenseitig bei der Durchführung dieses Übereinkommens zu unterstützen.

(2) Zu diesem Zweck

- a) benennt jeder Vertragsstaat eine oder mehrere Behörden, deren Namen und Anschrift er dem Generalsekretär des Europarats bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde mitteilt;
- b) gibt jeder Vertragsstaat, der mehr als eine Behörde benannt hat, in seiner Mitteilung nach Buchstabe a die Zuständigkeit jeder Behörde an.

(3) Eine von einer Vertragspartei benannte Behörde

- a) liefert die in Artikel 6 Absatz 2 vorgesehenen Informationen;
- b) liefert auf Ersuchen einer von einer anderen Vertragspartei benannten Behörde Informationen über das innerstaatliche Recht und die innerstaatlichen Gepflogenheiten in den von diesem Übereinkommen erfaßten Bereichen;

- c) arbeitet mit den von den anderen Vertragsparteien benannten Behörden zusammen, soweit dies nützlich ist und namentlich, wenn dies die Wirksamkeit der zur Durchführung dieses Übereinkommens getroffenen Maßnahmen fördern kann;
- d) prüft jede Schwierigkeit, die sich aus der Anwendung dieses Übereinkommens ergibt und auf die sie durch eine von einer anderen Vertragspartei benannte Behörde hingewiesen wird.

KAPITEL VI

Ständiger Ausschuß

Artikel 20

Ständiger Ausschuß

(1) Für die Zwecke dieses Übereinkommens wird ein Ständiger Ausschuß eingesetzt.

(2) Jede Vertragspartei kann im Ständigen Ausschuß durch einen oder mehrere Delegierte vertreten sein. Jede Delegation hat eine Stimme. Innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs übt die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ihr Stimmrecht mit einer Anzahl von Stimmen aus, die der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind; die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft übt ihr Stimmrecht in den Fällen nicht aus, in denen die betreffenden Mitgliedstaaten ihr Stimmrecht ausüben und umgekehrt.

(3) Jeder in Artikel 29 Absatz 1 bezeichnete Staat, der nicht Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, kann im Ständigen Ausschuß als Beobachter vertreten sein.

(4) Der Ständige Ausschuß kann den Rat von Sachverständigen einholen, um seine Aufgaben zu erfüllen. Er kann aus eigenem Antrieb oder auf Ersuchen des betreffenden Gremiums jedes internationale oder nationale staatliche oder nicht-staatliche Gremium, das in den von diesem Übereinkommen erfaßten Bereichen fachlich qualifiziert ist, einladen, sich durch einen Beobachter auf einer oder einem Teil einer seiner Sitzungen vertreten zu lassen. Der Beschluß, solche Sachverständigen oder solche Gremien einzuladen, wird mit Dreiviertelmehrheit der Mitglieder des Ständigen Ausschusses gefaßt.

(5) Der Ständige Ausschuß wird vom Generalsekretär des Europarats einberufen. Seine erste Sitzung findet innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens statt. Danach tritt er zusammen, sobald ein Drittel der Vertragsparteien oder das Ministerkomitee des Europarats dies verlangt, oder auf Veranlassung des Generalsekretärs des Europarats nach Artikel 23 Absatz 2 oder

auf Ersuchen einer oder mehrerer Vertragsparteien nach Artikel 21 Buchstabe c und Artikel 25 Absatz 2.

(6) Der Ständige Ausschuß ist verhandlungs- und beschlußfähig, wenn auf einer Sitzung die Mehrheit der Vertragsparteien vertreten ist.

(7) Vorbehaltlich des Absatzes 4 dieses Artikels und des Artikels 23 Absatz 3 werden die Beschlüsse des Ständigen Ausschusses mit Dreiviertelmehrheit der anwesenden Mitglieder gefaßt.

(8) Vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Übereinkommens gibt sich der Ständige Ausschuß eine Geschäftsordnung.

Artikel 21

Aufgaben des Ständigen Ausschusses

Der Ständige Ausschuß hat die Aufgabe, die Anwendung dieses Übereinkommens zu überwachen. Er kann

- gegenüber den Vertragsparteien Empfehlungen in bezug auf die Anwendung des Übereinkommens abgeben;
- etwa notwendige Änderungen des Übereinkommens anregen und nach Artikel 23 vorgeschlagene Änderungen prüfen;
- auf Ersuchen einer oder mehrerer Vertragsparteien Fragen zur Auslegung des Übereinkommens prüfen;
- alle Anstrengungen unternehmen, um eine gütliche Beilegung jeder Schwierigkeit zu gewährleisten, die nach Artikel 25 an ihn verwiesen wird;
- gegenüber dem Ministerkomitee Empfehlungen abgeben, damit andere als die in Artikel 29 Absatz 1 bezeichneten Staaten zum Beitritt zu dem Übereinkommen eingeladen werden.

Artikel 22

Berichte des Ständigen Ausschusses

Nach jeder Sitzung übermittelt der Ständige Ausschuß den Vertragsparteien und dem Ministerkomitee des Europarats einen Bericht über seine Beratungen und etwa gefaßte Beschlüsse.

KAPITEL VII

Änderungen

Artikel 23

Änderungen

(1) Jede Vertragspartei kann Änderungen dieses Übereinkommens vorschlagen.

(2) Jeder Änderungsvorschlag wird dem Generalsekretär des Europarats notifiziert, der ihn den Mitgliedstaaten des Europarats, den anderen Vertragsstaaten

des Europäischen Kulturabkommens, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und allen Nichtmitgliedstaaten, die nach Artikel 30 diesem Übereinkommen beigetreten sind oder zum Beitritt eingeladen wurden, übermittelt. Der Generalsekretär des Europarats beruft frühestens zwei Monate nach Übermittlung des Vorschlags eine Sitzung des Ständigen Ausschusses ein.

(3) Der Ständige Ausschuss prüft jede vorgeschlagene Änderung und legt den mit Dreiviertelmehrheit seiner Mitglieder beschlossenen Wortlaut dem Ministerkomitee zur Genehmigung vor. Nach der Genehmigung wird der Wortlaut den Vertragsparteien zur Annahme zugeleitet.

(4) Jede Änderung tritt am dreißigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem alle Vertragsparteien dem Generalsekretär die Annahme der Änderung angezeigt haben.

KAPITEL VIII

Behauptete Verletzungen dieses Übereinkommens

Artikel 24

Behauptete Verletzungen dieses Übereinkommens

(1) Stellt eine Vertragspartei eine Verletzung dieses Übereinkommens fest, so unterrichtet sie die sendende Vertragspartei von der behaupteten Verletzung; die beiden Vertragsparteien bemühen sich, die Schwierigkeit auf der Grundlage der Artikel 19, 25 und 26 auszuräumen.

(2) Ist die behauptete Verletzung offensichtlich, ernsthaft und schwerwiegend, so daß wichtige Fragen von öffentlichem Interesse berührt und Artikel 7 Absatz 1 oder 2, Artikel 12, Artikel 13 Absatz 1 Satz 1, Artikel 14 oder Artikel 15 Absatz 1 oder 3 betroffen sind, und dauert sie zwei Wochen nach der Unterrichtung noch an, so kann die empfangende Vertragspartei die Weiterverbreitung des beanstandeten Programms vorläufig aussetzen.

(3) In allen anderen Fällen behaupteter Verletzung mit Ausnahme der in Absatz 4 vorgesehenen kann die empfangende Vertragspartei die Weiterverbreitung des beanstandeten Programms acht Monate nach der Unterrichtung vorläufig aussetzen, wenn die behauptete Verletzung weiterhin andauert.

(4) Die vorläufige Aussetzung der Weiterverbreitung ist im Fall behaupteter Verletzung des Artikels 7 Absatz 3 oder des Artikels 8, 9 oder 10 nicht erlaubt.

KAPITEL IX

Beilegung von Streitigkeiten

Artikel 25

Vergleich

(1) Bei einer Schwierigkeit, die sich aus der Anwendung dieses Übereinkommens ergibt, bemühen sich die betroffenen Parteien um eine gütliche Beilegung.

(2) Sofern nicht eine der betroffenen Parteien Einspruch erhebt, kann der Ständige Ausschuss sich den betroffenen Parteien zur Verfügung stellen und die Frage prüfen, um so bald wie möglich eine zufriedenstellende Lösung zu erzielen und gegebenenfalls ein Gutachten zu der Angelegenheit abzugeben.

(3) Jede betroffene Partei verpflichtet sich, dem Ständigen Ausschuss unverzüglich alle zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nach Absatz 2 erforderlichen Informationen und Mittel zur Verfügung zu stellen.

Artikel 26

Schiedsverfahren

(1) Können die betroffenen Parteien die Streitigkeit nicht nach Artikel 25 beilegen, so können sie diese einvernehmlich einem Schiedsverfahren unterwerfen, dessen Verfahrensbestimmungen im Anhang zu diesem Übereinkommen enthalten sind. Falls ein solches Einvernehmen nicht innerhalb von sechs Monaten nach dem ersten Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens zustandekommt, kann die Streitigkeit auf Ersuchen einer der Parteien einem Schiedsverfahren unterworfen werden.

(2) Jede Vertragspartei kann jederzeit erklären, daß sie die Anwendung des im Anhang zu diesem Übereinkommen vorgesehenen Schiedsverfahrens von Rechts wegen ohne besondere Übereinkunft gegenüber jeder anderen Vertragspartei, welche dieselbe Verpflichtung übernimmt, als obligatorisch anerkennt.

KAPITEL X

Andere internationale Übereinkünfte und das innerstaatliche Recht der Vertragsparteien

Artikel 27

Andere internationale Übereinkünfte oder Absprachen

(1) In ihren gegenseitigen Beziehungen wenden die Vertragsparteien, die Mitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind, Gemeinschaftsvorschriften an und wenden daher die sich aus diesem Übereinkommen ergebenden Bestimmungen nur insoweit an, als es zu einem bestimmten Regelungsgegenstand keine Gemeinschaftsvorschrift gibt.

(2) Dieses Übereinkommen hindert die Vertragsparteien nicht, internationale Übereinkünfte zu schließen, die seine Bestimmungen vervollständigen oder weiter entwickeln oder ihren Anwendungsbereich ausdehnen.

(3) Im Fall zweiseitiger Übereinkünfte ändert dieses Übereinkommen nicht die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien, die sich aus solchen Übereinkünften ergeben und die den Genuß der Rechte oder die Wahrnehmung der Pflichten nach diesem Übereinkommen durch andere Vertragsparteien nicht beeinträchtigen.

Artikel 28

Verhältnis zwischen dem Übereinkommen und dem innerstaatlichen Recht der Vertragsparteien

Dieses Übereinkommen hindert die Vertragsparteien nicht, strengere oder ausführlichere Bestimmungen als die in diesem Übereinkommen enthaltenen auf Programme anzuwenden, die durch Rechtsträger oder mittels technischer Einrichtungen in ihrem Hoheitsbereich im Sinne des Artikels 3 verbreitet werden.

KAPITEL XI

Schlußbestimmungen

Artikel 29

Unterzeichnung und Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Mitgliedstaaten des Europarats und die anderen Vertragsstaaten des Europäischen Kulturabkommens sowie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zur Unterzeichnung auf. Es bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt.

(2) Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach dem Tag folgt, an dem sieben Staaten, davon mindestens fünf Mitgliedstaaten des Europarats, nach Absatz 1 ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch das Übereinkommen gebunden zu sein.

(3) Ein Staat kann zum Zeitpunkt der Unterzeichnung oder zu jedem späteren Zeitpunkt vor Inkrafttreten dieses Übereinkommens für diesen Staat erklären, daß er das Übereinkommen vorläufig anwendet.

(4) Für jeden in Absatz 1 bezeichneten Staat oder die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die später ihre Zustimmung ausdrücken, durch das Übereinkommen gebunden zu sein, tritt es am ersten Tag

des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde folgt.

Artikel 30

Beitritt von Nichtmitgliedstaaten

(1) Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann das Ministerkomitee des Europarats nach Konsultation der Vertragsstaaten durch einen mit der in Artikel 20 Buchstabe d der Satzung des Europarats vorgesehenen Mehrheit und mit einhelliger Zustimmung der Vertreter der Vertragsstaaten, die Anspruch auf einen Sitz im Komitee haben, gefaßten Beschluß jeden anderen Staat einladen, dem Übereinkommen beizutreten.

(2) Für jeden beitretenden Staat tritt dieses Übereinkommen am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Hinterlegung der Beitrittsurkunde beim Generalsekretär des Europarats folgt.

Artikel 31

Geltungsbereichsklausel

(1) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde einzelne oder mehrere Hoheitsgebiete bezeichnen, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet.

(2) Jeder Staat kann jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Erklärung die Anwendung dieses Übereinkommens auf jedes weitere in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiet erstrecken. Das Übereinkommen tritt für dieses Hoheitsgebiet am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Erklärung beim Generalsekretär folgt.

(3) Jede nach den Absätzen 1 und 2 abgegebene Erklärung kann in bezug auf jedes darin bezeichnete Hoheitsgebiet durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation zurückgenommen werden. Die Rücknahme wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

Artikel 32

Vorbehalte

(1) Bei der Unterzeichnung oder der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde

a) kann jeder Staat erklären, daß er sich das Recht vorbehält, die Weiterverbreitung von Programmen, die Werbung für alkoholische Getränke nach Maßgabe des Artikels 15 Absatz 2

enthalten, in seinem Hoheitsgebiet zu beschränken, soweit diese Weiterverbreitung seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften nicht entspricht;

- b) kann das Vereinigte Königreich erklären, daß es sich das Recht vorbehält, die in Artikel 15 Absatz 1 vorgesehene Verpflichtung, Werbung und Tabakerzeugnisse zu verbieten, hinsichtlich der Werbung für Zigarren und Pfeifentabak, die von der Independent Broadcasting Authority über terrestrische Mittel in seinem Hoheitsgebiet gesendet wird, nicht zu erfüllen.

Weitere Vorbehalte sind nicht zulässig.

(2) Gegen einen nach Absatz 1 angebrachten Vorbehalt sind Einsprüche nicht zulässig.

(3) Jeder Vertragsstaat, der einen Vorbehalt nach Absatz 1 angebracht hat, kann ihn durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation ganz oder teilweise zurücknehmen. Die Rücknahme wird mit dem Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

(4) Eine Vertragspartei, die einen Vorbehalt zu einer Bestimmung dieses Übereinkommens angebracht hat, kann nicht verlangen, daß eine andere Vertragspartei diese Bestimmung anwendet; sie kann jedoch, wenn es sich um einen Teilvorbehalt oder einen bedingten Vorbehalt handelt, die Anwendung der betreffenden Bestimmung insoweit verlangen, als sie selbst sie angenommen hat.

Artikel 33

Kündigung

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen jederzeit durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

Artikel 34

Notifikationen

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Rates, den anderen Vertragsstaaten des Europäischen Kulturabkommens, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und jedem Staat, der diesem Übereinkommen beigetreten ist oder zum Beitritt eingeladen wurde,

- a) jede Unterzeichnung;
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde;
- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach den Artikeln 29, 30 und 31;
- d) jeden nach Artikel 22 verfaßten Bericht;

- e) jede andere Handlung, Erklärung, Notifikation oder Mitteilung im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Straßburg am 5. Mai 1989 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarats hinterlegt wird. Der Generalsekretär des Europarats übermittelt allen Mitgliedstaaten des Europarats, den anderen Vertragsstaaten des Europäischen Kulturabkommens, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und allen zum Beitritt zu diesem Übereinkommen eingeladenen Staaten beglaubigte Abschriften.

Anhang

Schiedsverfahren

(1) Der Antrag auf ein Schiedsverfahren wird dem Generalsekretär des Europarats notifiziert. Er enthält den Namen der anderen Streitpartei und den Gegenstand der Streitigkeit. Der Generalsekretär übermittelt die auf diese Weise eingegangenen Informationen allen Vertragsparteien dieses Übereinkommens.

(2) Im Fall einer Streitigkeit zwischen zwei Vertragsparteien wird, wenn eine von ihnen Mitgliedstaat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und diese selbst Vertragspartei ist, der Antrag auf ein Schiedsverfahren sowohl an den Mitgliedstaat als auch an die Gemeinschaft gerichtet; diese notifizieren gemeinsam innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags dem Generalsekretär, ob der Mitgliedstaat oder die Gemeinschaft oder aber der Mitgliedstaat und die Gemeinschaft gemeinsam eine Streitpartei bilden. Erfolgt innerhalb der genannten Frist keine solche Notifikation, so gelten der Mitgliedstaat und die Gemeinschaft als ein und dieselbe Streitpartei hinsichtlich der Anwendung der die Bildung und das Verfahren des Schiedsgerichts bestimmenden Vorschriften. Dasselbe gilt, wenn der Mitgliedstaat und die Gemeinschaft gemeinsam als Streitpartei auftreten. In dem in diesem Absatz vorgesehenen Fall wird die in Absatz 4 Satz 1 gesetzte Frist von einem Monat auf zwei Monate verlängert.

(3) Das Schiedsgericht besteht aus drei Mitgliedern; jede der Streitparteien ernannt einen Schiedsrichter; die beiden so ernannten Schiedsrichter benennen einvernehmlich den dritten Schiedsrichter, der Vorsitzender des Schiedsgerichts ist. Der Vorsitzende darf nicht Staatsangehöriger einer der beiden Streitparteien sein; er darf nicht seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer der beiden

Parteien haben oder von einer von ihnen beschäftigt sein oder mit dem Fall in einer anderen Eigenschaft befaßt gewesen sein.

(4) Hat eine der Parteien innerhalb eines Monats nach Mitteilung des Antrags durch den Generalsekretär des Europarats keinen Schiedsrichter ernannt, so wird dieser auf Antrag der anderen Partei durch den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte innerhalb eines weiteren Monats ernannt. Ist der Präsident des Gerichtshofs verhindert oder ist er Staatsangehöriger einer der Streitparteien, so nimmt der Vizepräsident oder der rangälteste Richter des Gerichtshofs, der zur Verfügung steht und nicht Staatsangehöriger einer der Streitparteien ist, die Ernennung vor. Dasselbe Verfahren wird angewendet, wenn innerhalb einer Frist von einem Monat nach Ernennung des zweiten Schiedsrichters der Vorsitzende des Schiedsgerichts nicht benannt ist.

(5) Die Absätze 3 und 4 finden sinngemäß Anwendung, um einen freiwerdenden Sitz zu besetzen.

(6) Zwei oder mehr Parteien, die einvernehmlich feststellen, daß sie dieselben Interessen verfolgen, ernennen gemeinsam einen Schiedsrichter.

(7) Die Streitparteien und der Ständige Ausschuß stellen dem Schiedsgericht alle Mittel zur Verfügung, die zur wirksamen Durchführung des Verfahrens erforderlich sind.

(8) Das Schiedsgericht gibt sich eine Verfahrensordnung. Es entscheidet mit der Mehrheit seiner Mitglieder. Sein Schiedsspruch ist endgültig und bindend.

(9) Der Schiedsspruch des Schiedsgerichts wird dem Generalsekretär des Europarats notifiziert, der ihn allen Vertragsparteien dieses Übereinkommens übermittelt.

(10) Jede Streitpartei trägt die Kosten des von ihr ernannten Schiedsrichters; die Kosten des anderen Schiedsrichters sowie alle sonstigen durch das Schiedsverfahren verursachten Kosten werden von den Parteien zu gleichen Teilen getragen.

COUNCIL
OF EUROPE

CONSEIL
DE L'EUROPE

EUROPEAN CONVENTION
ON TRANSFRONTIER TELEVISION

CONVENTION EUROPÉENNE
SUR LA TÉLÉVISION TRANSFRONTIÈRE

PREAMBLE

The member States of the Council of Europe and the other States party to the European Cultural Convention, signatory hereto,

Considering that the aim of the Council of Europe is to achieve a greater unity between its members, for the purpose of safeguarding and realising the ideals and principles which are their common heritage;

Considering that the dignity and equal worth of every human being constitute fundamental elements of those principles;

Considering that the freedom of expression and information, as embodied in Article 10 of the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms, constitutes one of the essential principles of a democratic society and one of the basic conditions for its progress and for the development of every human being;

Reaffirming their commitment to the principles of the free flow of information and ideas and the independence of broadcasters, which constitute an indispensable basis for their broadcasting policy;

Affirming the importance of broadcasting for the development of culture and the free formation of opinions in conditions safeguarding pluralism and equality of opportunity among all democratic groups and political parties;

Convinced that the continued development of information and communication technology should serve to further the right, regardless of frontiers, to express, to seek, to receive and to impart information and ideas whatever their source;

Being desirous to present an increasing range of choice of programme services for the public, thereby enhancing Europe's heritage and developing its audiovisual creation, and being determined to achieve this cultural objective through efforts to increase the production and circulation of high-quality programmes, thereby responding to the public's expectations in the political, educational and cultural fields;

Recognising the need to consolidate the common broad framework of regulation;

Bearing in mind Resolution No. 2 and the Declaration of the 1st European Ministerial Conference on Mass Media Policy;

Being desirous to develop the principles embodied in the existing Council of Europe Recommendations on principles on television advertising, on equality between women and men in the media, on the use of satellite capacity for television and sound radio, and on the promotion of audiovisual production in Europe.

Have agreed as follows:

CHAPTER I

GENERAL PROVISIONS

Article 1

Object and purpose

This Convention is concerned with programme services embodied in transmissions. The purpose is to facilitate, among the Parties, the transfrontier transmission and the retransmission of television programme services.

PRÉAMBULE

Les Etats membres du Conseil de l'Europe et les autres Etats parties à la Convention culturelle européenne, signataires de la présente Convention,

Considérant que le but du Conseil de l'Europe est de réaliser une union plus étroite entre ses membres afin de sauvegarder et de promouvoir les idéaux et les principes qui sont leur patrimoine commun ;

Considérant que la dignité et la valeur égale de chaque être humain constituent des éléments fondamentaux de ces principes ;

Considérant que la liberté d'expression et d'information, telle que garantie à l'article 10 de la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales, constitue l'un des principes essentiels d'une société démocratique et l'une des conditions de base pour son développement et celui de tout être humain ;

Réaffirmant leur attachement aux principes de la libre circulation de l'information et des idées et de l'indépendance des radiodiffuseurs, qui constituent une base indispensable de leur politique en matière de radiodiffusion ;

Affirmant l'importance de la radiodiffusion pour le développement de la culture et pour la libre formation des opinions dans des conditions permettant de sauvegarder le pluralisme et l'égalité des chances entre tous les groupes et les partis politiques démocratiques ;

Persuadés que le développement continu de la technologie de l'information et de la communication devrait servir à promouvoir le droit, sans considération de frontières, d'exprimer, de rechercher, de recevoir et de communiquer des informations et des idées, quelle que soit leur source ;

Désireux d'offrir au public un plus grand choix de services de programmes permettant de valoriser le patrimoine et de développer la création audiovisuelle de l'Europe, et décidés à atteindre cet objectif culturel grâce à des efforts pour accroître la production et la circulation de programmes de haute qualité, répondant ainsi aux attentes du public dans les domaines de la politique, de l'éducation et de la culture ;

Reconnaissant la nécessité de consolider le cadre général de règles communes ;

Ayant à l'esprit la Résolution n° 2 et la Déclaration de la 1^{re} Conférence ministérielle européenne sur la politique des communications de masse ;

Désireux de développer les principes reconnus dans les Recommandations existant au sein du Conseil de l'Europe sur les principes relatifs à la publicité télévisée, sur l'égalité entre les femmes et les hommes dans les médias, sur l'utilisation de capacités de satellite pour la télévision et la radiodiffusion sonore, et sur la promotion de la production audiovisuelle en Europe,

Sont convenus de ce qui suit :

CHAPITRE I

DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Article 1^{er}

Objet et but

La présente Convention concerne les services de programmes qui sont incorporés dans les transmissions. Son but est de faciliter, entre les Parties, la transmission transfrontière et la retransmission de services de programmes de télévision.

— 3 —

Article 2

Terms employed

For the purposes of this Convention:

a. "Transmission" means the initial emission by terrestrial transmitter, by cable, or by satellite of whatever nature, in encoded or unencoded form, of television programme services for reception by the general public. It does not include communication services operating on individual demand;

b. "Retransmission" signifies the fact of receiving and simultaneously transmitting, irrespective of the technical means employed, complete and unchanged television programme services, or important parts of such services, transmitted by broadcasters for reception by the general public;

c. "Broadcaster" means the natural or legal person who composes television programme services for reception by the general public and transmits them or has them transmitted, complete and unchanged, by a third party;

d. "Programme service" means all the items within a single service provided by a given broadcaster within the meaning of the preceding paragraph;

e. "European audiovisual works" means creative works, the production or co-production of which is controlled by European natural or legal persons;

f. "Advertisement" means any public announcement intended to promote the sale, purchase or rental of a product or service, to advance a cause or idea or to bring about some other effect desired by the advertiser, for which transmission time has been given to the advertiser for remuneration or similar consideration;

g. "Sponsorship" means the participation of a natural or legal person, who is not engaged in broadcasting activities or in the production of audiovisual works, in the direct or indirect financing of a programme with a view to promoting the name, trademark or image of that person.

Article 3

Field of application

This Convention shall apply to any programme service transmitted or retransmitted by entities or by technical means within the jurisdiction of a Party, whether by cable, terrestrial transmitter or satellite, and which can be received, directly or indirectly, in one or more other Parties.

Article 4

Freedom of reception and retransmission

The Parties shall ensure freedom of expression and information in accordance with Article 10 of the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms and they shall guarantee freedom of reception and shall not restrict the retransmission on their territories of programme services which comply with the terms of this Convention.

Article 5

Duties of the transmitting Parties

1. Each transmitting Party shall ensure, by appropriate means and through its competent organs, that all programme services transmitted by entities or by technical means within its jurisdiction, within the meaning of Article 3, comply with the terms of this Convention.

2. For the purposes of this Convention, the transmitting Party shall be:

a. in the case of terrestrial transmissions, the Party in which the initial emission is effected;

— 3 —

Article 2

Expressions employées

Aux fins de la présente Convention :

- a. « Transmission » désigne l'émission primaire, par émetteur terrestre, par câble ou par tout type de satellite, codée ou non, de services de programmes de télévision destinés à être reçus par le public en général. Ne sont pas visés les services de communication opérant sur appel individuel ;
- b. « Retransmission » désigne le fait de capter et de transmettre simultanément, quels que soient les moyens techniques utilisés, dans leur intégralité et sans aucune modification, des services de programmes de télévision, ou des parties importantes de tels services, transmis par des radiodiffuseurs et destinés à être reçus par le public en général ;
- c. « Radiodiffuseur » désigne la personne physique ou morale qui compose des services de programmes de télévision destinés à être reçus par le public en général et qui les transmet ou les fait transmettre par un tiers dans leur intégralité et sans aucune modification ;
- d. « Service de programmes » désigne l'ensemble des éléments d'un service donné, fourni par un radiodiffuseur au sens du paragraphe précédent ;
- e. « Œuvres audiovisuelles européennes » désigne des œuvres de création dont la production ou la coproduction est contrôlée par des personnes physiques ou morales européennes ;
- f. « Publicité » désigne toute annonce publique effectuée en vue de stimuler la vente, l'achat ou la location d'un produit ou d'un service, de promouvoir une cause ou une idée, ou de produire quelque autre effet souhaité par l'annonceur, pour laquelle un temps de transmission a été cédé à l'annonceur, moyennant rémunération ou toute contrepartie similaire ;
- g. « Parrainage » désigne la participation d'une personne physique ou morale — qui n'est pas engagée dans des activités de radiodiffusion ou de production d'œuvres audiovisuelles — au financement direct ou indirect d'une émission afin de promouvoir son nom, sa raison sociale ou son image de marque.

Article 3

Champ d'application

La présente Convention s'applique à tout service de programmes qui est transmis ou retransmis par des organismes ou à l'aide de moyens techniques relevant de la juridiction d'une Partie, qu'il s'agisse de câble, d'émetteur terrestre ou de satellite, et qui peut être reçu, directement ou indirectement, dans une ou plusieurs autres Parties.

Article 4

Liberté de réception et de retransmission

Les Parties assurent la liberté d'expression et d'information, conformément à l'article 10 de la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales et elles garantissent la liberté de réception et ne s'opposent pas à la retransmission sur leur territoire de services de programmes qui sont conformes aux dispositions de la présente Convention.

Article 5

Engagements des Parties de transmission

1. Chaque Partie de transmission veille, par des moyens appropriés et ses instances compétentes, à ce que tous les services de programmes transmis par des organismes ou à l'aide de moyens techniques relevant de sa juridiction au sens de l'article 3 soient conformes aux dispositions de la présente Convention.
2. Aux fins de la présente Convention, est Partie de transmission :
 - a. dans le cas de transmissions terrestres, la Partie dans laquelle l'émission primaire est effectuée ;

- b. in the case of satellite transmissions:
- i. the Party in which the satellite up-link is situated;
 - ii. the Party which grants the use of the frequency or a satellite capacity when the up-link is situated in a State which is not a Party to this Convention;
 - iii. the Party in which the broadcaster has its seat when responsibility under sub-paragraphs i and ii is not established.

3. When programme services transmitted from States which are not Parties to this Convention are retransmitted by entities or by technical means within the jurisdiction of a Party, within the meaning of Article 3, that Party, acting as transmitting Party, shall ensure, by appropriate means and through its competent organs, compliance with the terms of this Convention.

Article 6

Provision of information

1. The responsibilities of the broadcaster shall be clearly and adequately specified in the authorisation issued by, or contract concluded with, the competent authority of each Party, or by any other legal measure.
2. Information about the broadcaster shall be made available, upon request, by the competent authority of the transmitting Party. Such information shall include, as a minimum, the name or denomination, seat and status of the broadcaster, the name of the legal representative, the composition of the capital, the nature, purpose and mode of financing of the programme service the broadcaster is providing or intends providing.

CHAPTER II

PROGRAMMING MATTERS

Article 7

Responsibilities of the broadcaster

1. All items of programme services, as concerns their presentation and content, shall respect the dignity of the human being and the fundamental rights of others.
In particular, they shall not:
 - a. be indecent and in particular contain pornography;
 - b. give undue prominence to violence or be likely to incite to racial hatred.
2. All items of programme services which are likely to impair the physical, mental or moral development of children and adolescents shall not be scheduled when, because of the time of transmission and reception, they are likely to watch them.
3. The broadcaster shall ensure that news fairly present facts and events and encourage the free formation of opinions.

Article 8

Right of reply

1. Each transmitting Party shall ensure that every natural or legal person, regardless of nationality or place of residence, shall have the opportunity to exercise a right of reply or to seek other comparable legal or administrative remedies relating to programmes transmitted or retransmitted by entities or by technical means within its jurisdiction, within the meaning of Article 3. In particular, it shall ensure that timing and other arrangements for the exercise of the right of reply are such that this right can be

- b. dans le cas de transmissions par satellite :
- i. la Partie dans laquelle est située l'origine de la liaison montante vers le satellite ;
 - ii. la Partie qui accorde le droit d'utiliser une fréquence ou une capacité de satellite lorsque l'origine de la liaison montante est située dans un Etat qui n'est pas Partie à la présente Convention ;
 - iii. la Partie dans laquelle le radiodiffuseur a son siège, lorsque la responsabilité n'est pas établie en vertu des alinéas i et ii.
3. Lorsque des services de programmes transmis depuis des Etats qui ne sont pas Parties à la Convention sont retransmis par des organismes ou à l'aide de moyens techniques relevant de la juridiction d'une Partie au sens de l'article 3, cette Partie, en qualité de Partie de transmission, veille, par des moyens appropriés et ses instances compétentes, à la conformité de ces services avec les dispositions de la présente Convention.

Article 6

Transparence

1. Les responsabilités du radiodiffuseur seront spécifiées de manière claire et suffisante dans l'autorisation délivrée par l'autorité compétente de chaque Partie, dans le contrat conclu avec celle-ci, ou par toute autre mesure juridique.
2. Des informations concernant le radiodiffuseur seront données sur demande par l'autorité compétente de la Partie de transmission. De telles informations comprendront, au minimum, le nom ou la dénomination, le siège et le statut juridique du radiodiffuseur, le nom de son représentant légal, la composition du capital, la nature, l'objet et le mode de financement du service de programmes que le radiodiffuseur fournit ou s'apprête à fournir.

CHAPITRE II

DISPOSITIONS RELATIVES À LA PROGRAMMATION

Article 7

Responsabilités du radiodiffuseur

1. Tous les éléments des services de programmes, par leur présentation et leur contenu, doivent respecter la dignité de la personne humaine et les droits fondamentaux d'autrui.
En particulier, ils ne doivent pas :
 - a. être contraires aux bonnes mœurs et notamment contenir de pornographie ;
 - b. mettre en valeur la violence ni être susceptibles d'inciter à la haine raciale.
2. Les éléments des services de programmes qui sont susceptibles de porter préjudice à l'épanouissement physique, psychique et moral des enfants ou des adolescents ne doivent pas être transmis lorsque ces derniers sont susceptibles, en raison de l'horaire de transmission et de réception, de les regarder.
3. Le radiodiffuseur veille à ce que les journaux télévisés présentent loyalement les faits et les événements et favorisent la libre formation des opinions.

Article 8

Droit de réponse

1. Chaque Partie de transmission s'assure que toute personne physique ou morale, quelle que soit sa nationalité ou son lieu de résidence, puisse exercer un droit de réponse ou avoir accès à un autre recours juridique ou administratif comparable à l'égard des émissions transmises ou retransmises par des organismes ou à l'aide de moyens techniques relevant de sa juridiction, au sens de l'article 3. Elle veille notamment à ce que le délai et les autres modalités prévues pour l'exercice du droit de réponse soient suffisants

effectively exercised. The effective exercise of this right or other comparable legal or administrative remedies shall be ensured both as regards the timing and the modalities.

2. For this purpose, the name of the broadcaster responsible for the programme service shall be identified therein at regular intervals by appropriate means.

Article 9

Access of the public to major events

Each Party shall examine the legal measures to avoid the right of the public to information being undermined due to the exercise by a broadcaster of exclusive rights for the transmission or retransmission, within the meaning of Article 3, of an event of high public interest and which has the effect of depriving a large part of the public in one or more other Parties of the opportunity to follow that event on television.

Article 10

Cultural objectives

1. Each transmitting Party shall ensure, where practicable and by appropriate means, that broadcasters reserve for European works a majority proportion of their transmission time, excluding the time appointed to news, sports events, games, advertising and teletext services. This proportion, having regard to the broadcaster's informational, educational, cultural and entertainment responsibilities to its viewing public, should be achieved progressively, on the basis of suitable criteria.

2. In case of disagreement between a receiving Party and a transmitting Party on the application of the preceding paragraph, recourse may be had, at the request of one of the Parties, to the Standing Committee with a view to its formulating an advisory opinion on the subject. Such a disagreement shall not be submitted to the arbitration procedure provided for in Article 26.

3. The Parties undertake to look together for the most appropriate instruments and procedures to support, without discrimination between broadcasters, the activity and development of European production, particularly in countries with a low audiovisual production capacity or restricted language area.

4. The Parties, in the spirit of co-operation and mutual assistance which underlies this Convention, shall endeavour to avoid that programme services transmitted or retransmitted by entities or by technical means within their jurisdiction, within the meaning of Article 3, endanger the pluralism of the press and the development of the cinema industries. No cinematographic work shall accordingly be transmitted in such services, unless otherwise agreed between its rights holders and the broadcaster, until two years have elapsed since the work was first shown in cinemas; in the case of cinematographic works co-produced by the broadcaster, this period shall be one year.

CHAPTER III

ADVERTISING

Article 11

General standards

1. All advertisements shall be fair and honest.
2. Advertisements shall not be misleading and shall not prejudice the interests of consumers.
3. Advertisements addressed to or using children shall avoid anything likely to harm their interests and shall have regard to their special susceptibilities.
4. The advertiser shall not exercise any editorial influence over the content of programmes.

— 5 —

pour permettre l'exercice effectif de ce droit. L'exercice effectif de ce droit ou d'autres recours juridiques ou administratifs comparables doit être assuré tant du point de vue des délais que pour ce qui est des modalités d'application.

2. A cet effet, le nom du radiodiffuseur responsable du service de programmes y est identifié à intervalles réguliers par toutes indications appropriées.

Article 9

Accès du public à des événements majeurs

Chaque Partie examine les mesures juridiques pour éviter que le droit du public à l'information ne soit remis en cause du fait de l'exercice, par un radiodiffuseur, de droits exclusifs pour la transmission ou la retransmission, au sens de l'article 3, d'un événement d'un grand intérêt pour le public qui ait pour conséquence de priver une partie substantielle du public, dans une ou plusieurs autres Parties, de la possibilité de suivre cet événement à la télévision.

Article 10

Objectifs culturels

1. Chaque Partie de transmission veille, chaque fois que cela est réalisable et par des moyens appropriés, à ce que les radiodiffuseurs réservent à des œuvres européennes une proportion majoritaire de leur temps de transmission, à l'exclusion du temps consacré aux informations, à des manifestations sportives, à des jeux, à la publicité ou aux services de télétexte. Cette proportion, compte tenu des responsabilités du radiodiffuseur à l'égard de son public en matière d'information, d'éducation, de culture et de divertissement, devra être obtenue progressivement sur la base de critères appropriés.

2. En cas de désaccord entre une Partie de réception et une Partie de transmission sur l'application du paragraphe précédent, il peut être fait appel, à la demande d'une seule des Parties, au Comité permanent pour qu'il formule un avis consultatif à ce sujet. Un tel désaccord ne peut être soumis à la procédure d'arbitrage prévue à l'article 26.

3. Les Parties s'engagent à rechercher ensemble les instruments et procédures les plus adéquats pour soutenir, sans discrimination entre les radiodiffuseurs, l'activité et le développement de la production européenne, notamment dans les Parties à faible capacité de production audiovisuelle ou à aire linguistique restreinte.

4. Dans l'esprit de coopération et d'entraide qui sous-tend la présente Convention, les Parties s'efforceront d'éviter que les services de programmes transmis ou retransmis par des organismes ou à l'aide de moyens techniques relevant de leur juridiction, au sens de l'article 3, ne mettent en danger le pluralisme de la presse écrite et le développement des industries du cinéma. A cet effet, aucune transmission d'œuvres cinématographiques par ces services ne doit intervenir, sauf accord contraire entre les détenteurs de droits et le radiodiffuseur, avant un délai de deux ans après le début de l'exploitation de cette œuvre dans les salles de cinéma; dans le cas d'œuvres cinématographiques coproduites par le radiodiffuseur, ce délai sera d'un an.

CHAPITRE III

PUBLICITÉ

Article 11

Normes générales

1. Toute publicité doit être loyale et honnête.
2. La publicité ne doit pas être trompeuse ni porter atteinte aux intérêts des consommateurs.
3. La publicité destinée aux enfants ou faisant appel à des enfants doit éviter de porter préjudice aux intérêts de ces derniers et tenir compte de leur sensibilité particulière.
4. L'annonceur ne doit exercer aucune influence éditoriale sur le contenu des émissions.

— 6 —

Article 12

Duration

1. The amount of advertising shall not exceed 15% of the daily transmission time. However, this percentage may be increased to 20% to include forms of advertisements such as direct offers to the public for the sale, purchase or rental of products or for the provision of services, provided the amount of spot advertising does not exceed 15%.
2. The amount of spot advertising within a given one-hour period shall not exceed 20%.
3. Forms of advertisements such as direct offers to the public for the sale, purchase or rental of products or for the provision of services shall not exceed one hour per day.

Article 13

Form and presentation

1. Advertisements shall be clearly distinguishable as such and recognisably separate from the other items of the programme service by optical or acoustic means. In principle, they shall be transmitted in blocks.
2. Subliminal advertisements shall not be allowed.
3. Surreptitious advertisements shall not be allowed, in particular the presentation of products or services in programmes when it serves advertising purposes.
4. Advertisements shall not feature, visually or orally, persons regularly presenting news and current affairs programmes.

Article 14

Insertion of advertisements

1. Advertisements shall be inserted between programmes. Provided the conditions contained in paragraphs 2 to 5 of this Article are fulfilled, advertisements may also be inserted during programmes in such a way that the integrity and value of the programme and the rights of the rights holders are not prejudiced.
2. In programmes consisting of autonomous parts, or in sports programmes and similarly structured events and performances comprising intervals, advertisements shall only be inserted between the parts or in the intervals.
3. The transmission of audiovisual works such as feature films and films made for television (excluding series, serials, light entertainment programmes and documentaries), provided their duration is more than forty-five minutes, may be interrupted once for each complete period of forty-five minutes. A further interruption is allowed if their duration is at least twenty minutes longer than two or more complete periods of forty-five minutes.
4. Where programmes, other than those covered by paragraph 2, are interrupted by advertisements, a period of at least twenty minutes should elapse between each successive advertising break within the programme.
5. Advertisements shall not be inserted in any broadcast of a religious service. News and current affairs programmes, documentaries, religious programmes, and children's programmes, when they are less than thirty minutes of duration, shall not be interrupted by advertisements. If they last for thirty minutes or longer, the provisions of the previous paragraphs shall apply.

— 6 —

Article 12

Durée

1. Le temps de transmission consacré à la publicité ne doit pas dépasser 15 % du temps de transmission quotidien. Toutefois, ce pourcentage peut être porté à 20 % s'il comprend des formes de publicité telles que les offres faites directement au public en vue soit de vendre, d'acheter ou de louer des produits, soit de fournir des services, à condition que le volume des spots publicitaires ne dépasse pas 15 %.
2. Le temps de transmission consacré aux spots publicitaires à l'intérieur d'une période donnée d'une heure ne doit pas dépasser 20 %.
3. Les formes de publicité telles que les offres faites directement au public en vue soit de vendre, d'acheter ou de louer des produits, soit de fournir des services, ne doivent pas dépasser une heure par jour.

Article 13

Forme et présentation

1. La publicité doit être clairement identifiable en tant que telle et clairement séparée des autres éléments du service de programmes par des moyens optiques ou acoustiques. En principe, elle doit être groupée en écrans.
2. La publicité subliminale est interdite.
3. La publicité clandestine est interdite, en particulier la présentation de produits ou de services dans les émissions, lorsque celle-ci est faite dans un but publicitaire.
4. La publicité ne doit pas faire appel, ni visuellement ni oralement, à des personnes présentant régulièrement les journaux télévisés et les magazines d'actualités.

Article 14

Insertion de publicité

1. La publicité doit être insérée entre les émissions. Sous réserve des conditions fixées aux paragraphes 2 à 5 du présent article, la publicité peut également être insérée pendant les émissions, de façon à ne pas porter atteinte à l'intégrité et à la valeur des émissions et de manière qu'il ne soit pas porté préjudice aux droits des ayants droit.
2. Dans les émissions composées de parties autonomes ou dans les émissions sportives et les événements et spectacles de structure similaire comprenant des intervalles, la publicité ne peut être insérée qu'entre les parties autonomes ou dans les intervalles.
3. La transmission d'œuvres audiovisuelles telles que les longs métrages cinématographiques et les films conçus pour la télévision (à l'exclusion des séries, des feuilletons, des émissions de divertissement et des documentaires), à condition que leur durée soit supérieure à quarante-cinq minutes, peut être interrompue une fois par tranche complète de quarante-cinq minutes. Une autre interruption est autorisée si leur durée est supérieure d'au moins vingt minutes à deux ou plusieurs tranches complètes de quarante-cinq minutes.
4. Lorsque des émissions autres que celles couvertes par le paragraphe 2 sont interrompues par la publicité, une période d'au moins vingt minutes devrait s'écouler entre chaque interruption successive à l'intérieur des émissions.
5. La publicité ne peut être insérée dans les diffusions de services religieux. Les journaux télévisés, les magazines d'actualités, les documentaires, les émissions religieuses et les émissions pour enfants dont la durée est inférieure à trente minutes ne peuvent être interrompus par la publicité. Lorsqu'ils ont une durée d'au moins trente minutes, les dispositions des paragraphes précédents s'appliquent.

— 7 —

Article 15

Advertising of particular products

1. Advertisements for tobacco products shall not be allowed.
2. Advertisements for alcoholic beverages of all varieties shall comply with the following rules:
 - a. they shall not be addressed particularly to minors and no one associated with the consumption of alcoholic beverages in advertisements should seem to be a minor;
 - b. they shall not link the consumption of alcohol to physical performance or driving;
 - c. they shall not claim that alcohol has therapeutic qualities or that it is a stimulant, a sedative or a means of resolving personal problems;
 - d. they shall not encourage immoderate consumption of alcohol or present abstinence or moderation in a negative light;
 - e. they shall not place undue emphasis on the alcoholic content of beverages.
3. Advertisements for medicines and medical treatment which are only available on medical prescription in the transmitting Party shall not be allowed.
4. Advertisements for all other medicines and medical treatment shall be clearly distinguishable as such, honest, truthful and subject to verification and shall comply with the requirement of protection of the individual from harm.

Article 16

Advertising directed specifically at a single Party

1. In order to avoid distortions in competition and endangering the television system of a Party, advertisements which are specifically and with some frequency directed to audiences in a single Party other than the transmitting Party shall not circumvent the television advertising rules in that particular Party.
2. The provisions of the preceding paragraph shall not apply where:
 - a. the rules concerned establish a discrimination between advertisements transmitted by entities or by technical means within the jurisdiction of that Party and advertisements transmitted by entities or by technical means within the jurisdiction of another Party, or
 - b. the Parties concerned have concluded bilateral or multilateral agreements in this area.

CHAPTER IV

SPONSORSHIP

Article 17

General standards

1. When a programme or series of programmes is sponsored in whole or in part, it shall clearly be identified as such by appropriate credits at the beginning and/or end of the programme.
2. The content and scheduling of sponsored programmes may in no circumstances be influenced by the sponsor in such a way as to affect the responsibility and editorial independence of the broadcaster in respect of programmes.
3. Sponsored programmes shall not encourage the sale, purchase or rental of the products or services of the sponsor or a third party, in particular by making special promotional references to those products or services in such programmes.

— 7 —

Article 15

Publicité pour certains produits

1. La publicité pour les produits du tabac est interdite.
2. La publicité pour les boissons alcoolisées de toutes sortes est soumise aux règles suivantes:
 - a. elle ne doit pas s'adresser particulièrement aux mineurs; aucune personne pouvant être considérée comme mineur ne doit être associée dans une publicité à la consommation de boissons alcoolisées;
 - b. elle ne doit pas associer la consommation de l'alcool à des performances physiques ou à la conduite automobile;
 - c. elle ne doit pas suggérer que les boissons alcoolisées sont dotées de propriétés thérapeutiques ou qu'elles ont un effet stimulant, sédatif, ou qu'elles peuvent résoudre des problèmes personnels;
 - d. elle ne doit pas encourager la consommation immodérée de boissons alcoolisées ou donner une image négative de l'abstinence ou de la sobriété;
 - e. elle ne doit pas souligner indûment la teneur en alcool des boissons.
3. La publicité pour les médicaments et les traitements médicaux qui sont seulement disponibles sur prescription médicale dans la Partie de transmission est interdite.
4. La publicité pour les autres médicaments et traitements médicaux doit être clairement identifiable en tant que telle, loyale, véridique et contrôlable, et doit se conformer à l'exigence d'absence d'effet dangereux pour l'individu.

Article 16

Publicité s'adressant spécifiquement à une seule Partie

1. Afin d'éviter des distorsions de concurrence et la mise en péril du système télévisuel d'une Partie, les messages publicitaires dirigés spécifiquement et fréquemment vers l'audience d'une seule Partie autre que la Partie de transmission ne doivent pas contourner les règles relatives à la publicité télévisée dans cette Partie.
2. Les dispositions du paragraphe précédent ne s'appliquent pas lorsque:
 - a. les règles concernées établissent une discrimination entre les messages publicitaires transmis par des organismes ou à l'aide de moyens techniques relevant de la juridiction de cette Partie et les messages publicitaires transmis par des organismes ou à l'aide de moyens techniques relevant de la juridiction d'une autre Partie; ou
 - b. les Parties concernées ont conclu des accords bi- ou multilatéraux en ce domaine.

CHAPITRE IV

PARRAINAGE

Article 17

Normes générales

1. Lorsqu'une émission ou une série d'émissions est parrainée en tout ou partie, elle doit être clairement identifiée en tant que telle et de manière appropriée dans le générique, au début et/ou à la fin de l'émission.
2. Le contenu et la programmation d'une émission parrainée ne peuvent, en aucun cas, être influencés par le parrain de manière à porter atteinte à la responsabilité et à l'indépendance éditoriale du radiodiffuseur à l'égard des émissions.
3. Les émissions parrainées ne doivent pas inciter à la vente, à l'achat ou à la location des produits ou services du parrain ou d'un tiers, en particulier en faisant des références promotionnelles spécifiques à ces produits ou services dans ces émissions.

— 8 —

Article 18

Prohibited sponsorship

1. Programmes may not be sponsored by natural or legal persons whose principal activity is the manufacture or sale of products, or the provision of services, the advertising of which is prohibited by virtue of Article 15.
2. Sponsorship of news and current affairs programmes shall not be allowed.

CHAPTER V

MUTUAL ASSISTANCE

Article 19

Co-operation between the Parties

1. The Parties undertake to render each other mutual assistance in order to implement this Convention.
2. For that purpose:
 - a. each Contracting State shall designate one or more authorities, the name and address of each of which it shall communicate to the Secretary General of the Council of Europe at the time of deposit of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession;
 - b. each Contracting State which has designated more than one authority shall specify in its communication under sub-paragraph a the competence of each authority.
3. An authority designated by a Party shall:
 - a. furnish the information foreseen under Article 6, paragraph 2. of this Convention;
 - b. furnish information at the request of an authority designated by another Party on the domestic law and practices in the fields covered by this Convention;
 - c. co-operate with the authorities designated by the other Parties whenever useful, and notably where this would enhance the effectiveness of measures taken in implementation of this Convention;
 - d. consider any difficulty arising from the application of this Convention which is brought to its attention by an authority designated by another Party.

CHAPTER VI

STANDING COMMITTEE

Article 20

Standing Committee

1. For the purposes of this Convention, a Standing Committee shall be set up.
2. Each Party may be represented on the Standing Committee by one or more delegates. Each delegation shall have one vote. Within the areas of its competence, the European Economic Community shall exercise its right to vote with a number of votes equal to the number of its member States which are Parties to this Convention; the European Economic Community shall not exercise its right to vote in cases where the member States concerned exercise theirs, and conversely.
3. Any State referred to in Article 29, paragraph 1, which is not a Party to this Convention may be represented on the Standing Committee by an observer.
4. The Standing Committee may seek the advice of experts in order to discharge its functions. It may, on its own initiative or at the request of the body concerned, invite any international or national, governmental or non-governmental body technically qualified in the fields covered by this Convention to be

— 8 —

Article 18

Parrainages interdits

1. Les émissions ne peuvent pas être parrainées par des personnes physiques ou morales qui ont pour activité principale la fabrication ou la vente de produits ou la fourniture de services dont la publicité est interdite en vertu de l'article 15.
2. Le parrainage des journaux télévisés et des magazines d'actualités est interdit.

CHAPITRE V

ENTRAIDE

Article 19

Coopération entre les Parties

1. Les Parties s'engagent à s'accorder mutuellement assistance pour la mise en œuvre de la présente Convention.
2. A cette fin:
 - a. chaque Etat contractant désigne une ou plusieurs autorités dont il communique la dénomination et l'adresse au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion;
 - b. chaque Etat contractant qui a désigné plusieurs autorités indique, dans la communication visée à l'alinéa a, la compétence de chacune de ces autorités.
3. Une autorité désignée par une Partie:
 - a. fournira les informations prévues à l'article 6, paragraphe 2, de la présente Convention;
 - b. fournira, à la demande d'une autorité désignée par une autre Partie, des informations sur le droit et la pratique internes dans les domaines couverts par la présente Convention;
 - c. coopérera avec les autorités désignées par les autres Parties chaque fois qu'il sera utile de le faire et notamment lorsque cette coopération pourra renforcer l'efficacité des mesures prises en application de la présente Convention;
 - d. examinera toute difficulté soulevée dans l'application de la présente Convention qui lui sera notifiée par une autorité désignée par une autre Partie.

CHAPITRE VI

COMITÉ PERMANENT

Article 20

Le Comité permanent

1. Il est constitué, aux fins de la présente Convention, un Comité permanent.
2. Toute Partie peut se faire représenter au sein du Comité permanent par un ou plusieurs délégués. Chaque délégation dispose d'une voix. Dans les domaines relevant de ses compétences, la Communauté économique européenne exerce son droit de vote avec un nombre de voix égal au nombre de ses Etats membres qui sont Parties à la présente Convention; la Communauté économique européenne n'exerce pas son droit de vote dans les cas où les Etats membres concernés exercent le leur, et réciproquement.
3. Tout Etat visé à l'article 29, paragraphe 1, qui n'est pas partie à la présente Convention peut se faire représenter au Comité permanent par un observateur.
4. Le Comité permanent peut, pour l'accomplissement de sa mission, recourir à des experts. Il peut, de sa propre initiative ou à la demande de l'organisme concerné, inviter tout organisme national ou international, gouvernemental ou non gouvernemental, techniquement qualifié dans les domaines couverts par

represented by an observer at one or part of one of its meetings. The decision to invite such experts or bodies shall be taken by a majority of three-quarters of the members of the Standing Committee.

5. The Standing Committee shall be convened by the Secretary General of the Council of Europe. Its first meeting shall be held within six months of the date of entry into force of the Convention. It shall subsequently meet whenever one-third of the Parties or the Committee of Ministers of the Council of Europe so requests, or on the initiative of the Secretary General of the Council of Europe in accordance with the provisions of Article 23, paragraph 2, or at the request of one or more Parties in accordance with the provisions of Articles 21, sub-paragraph c, and 25, paragraph 2.

6. A majority of the Parties shall constitute a quorum for holding a meeting of the Standing Committee.

7. Subject to the provisions of paragraph 4 and Article 23, paragraph 3, the decisions of the Standing Committee shall be taken by a majority of three-quarters of the members present.

8. Subject to the provisions of this Convention, the Standing Committee shall draw up its own Rules of Procedure.

Article 21

Functions of the Standing Committee

The Standing Committee shall be responsible for following the application of this Convention. It may :

- a. make recommendations to the Parties concerning the application of the Convention ;
- b. suggest any necessary modifications of the Convention and examine those proposed in accordance with the provisions of Article 23 ;
- c. examine, at the request of one or more Parties, questions concerning the interpretation of the Convention ;
- d. use its best endeavours to secure a friendly settlement of any difficulty referred to it in accordance with the provisions of Article 25 ;
- e. make recommendations to the Committee of Ministers concerning States other than those referred to in Article 29, paragraph 1, to be invited to accede to this Convention.

Article 22

Reports of the Standing Committee

After each meeting, the Standing Committee shall forward to the Parties and the Committee of Ministers of the Council of Europe a report on its discussions and any decisions taken.

CHAPTER VII

AMENDMENTS

Article 23

Amendments

1. Any Party may propose amendments to this Convention.
2. Any proposal for amendment shall be notified to the Secretary General of the Council of Europe who shall communicate it to the member States of the Council of Europe, to the other States party to the European Cultural Convention, to the European Economic Community and to any non-member State which has acceded to, or has been invited to accede to this Convention in accordance with the provisions of Article 30. The Secretary General of the Council of Europe shall convene a meeting of the Standing Committee at the earliest two months following the communication of the proposal.

la présente Convention, à être représenté par un observateur à tout ou partie d'une de ses réunions. La décision d'inviter de tels experts ou organismes est prise à la majorité des trois quarts des membres du Comité permanent.

5. Le Comité permanent est convoqué par le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe. Il tient sa première réunion dans les six mois qui suivent la date d'entrée en vigueur de la Convention. Il se réunit par la suite lorsqu'un tiers des Parties ou le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe en formule la demande, à l'initiative du Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, conformément aux dispositions de l'article 23, paragraphe 2, ou encore à la demande d'une ou de plusieurs Parties, conformément aux dispositions des articles 21, alinéa c, et 25, paragraphe 2.

6. La majorité des Parties constitue le quorum nécessaire pour tenir une réunion du Comité permanent.

7. Sous réserve des dispositions du paragraphe 4 et de l'article 23, paragraphe 3, les décisions du Comité permanent sont prises à la majorité des trois quarts des membres présents.

8. Sous réserve des dispositions de la présente Convention, le Comité permanent établit son règlement intérieur.

Article 21

Fonctions du Comité permanent

Le Comité permanent est chargé de suivre l'application de la présente Convention. Il peut :

- a. faire des recommandations aux Parties concernant l'application de la Convention ;
- b. suggérer les modifications à la Convention qui pourraient être nécessaires et examiner celles qui sont proposées conformément aux dispositions de l'article 23 ;
- c. examiner, à la demande d'une ou de plusieurs Parties, toute question relative à l'interprétation de la Convention ;
- d. faciliter autant que de besoin le règlement amiable de toute difficulté qui lui est notifiée conformément aux dispositions de l'article 25 ;
- e. faire des recommandations au Comité des Ministres relatives à l'invitation d'Etats autres que ceux visés à l'article 29, paragraphe 1, à adhérer à la Convention.

Article 22

Rapports du Comité permanent

Après chacune de ses réunions, le Comité permanent transmet aux Parties et au Comité des Ministres du Conseil de l'Europe un rapport sur ses discussions et sur toute décision prise.

CHAPITRE VII

AMENDEMENTS

Article 23

Amendements

1. Toute Partie peut proposer des amendements à la présente Convention.
2. Toute proposition d'amendement est notifiée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe qui la communique aux Etats membres du Conseil de l'Europe, aux autres Etats parties à la Convention culturelle européenne, à la Communauté économique européenne et à chaque Etat non membre qui a adhéré ou a été invité à adhérer à la présente Convention conformément aux dispositions de l'article 30. Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe convoque une réunion du Comité permanent au plus tôt deux mois après la communication de la proposition d'amendement.

— 10 —

3. The Standing Committee shall examine any amendment proposed and shall submit the text adopted by a majority of three-quarters of the members of the Standing Committee to the Committee of Ministers for approval. After its approval, the text shall be forwarded to the Parties for acceptance.
4. Any amendment shall enter into force on the thirtieth day after all the Parties have informed the Secretary General of their acceptance thereof.

CHAPTER VIII

ALLEGED VIOLATIONS OF THIS CONVENTION

Article 24

Alleged violations of this Convention

1. When a Party finds a violation of this Convention, it shall communicate to the transmitting Party the alleged violation and the two Parties shall endeavour to overcome the difficulty on the basis of the provisions of Articles 19, 25 and 26.
2. If the alleged violation is of a manifest, serious and grave nature which raises important public issues and concerns Articles 7, paragraphs 1 or 2, 12, 13, paragraph 1, first sentence, 14 or 15, paragraphs 1 or 3, and if it persists within two weeks following the communication, the receiving Party may suspend provisionally the retransmission of the incriminated programme service.
3. In all other cases of alleged violation, with the exception of those provided for in paragraph 4, the receiving Party may suspend provisionally the retransmission of the incriminated programme service eight months following the communication, if the alleged violation persists.
4. The provisional suspension of retransmission shall not be allowed in the case of alleged violations of Articles 7, paragraph 3, 8, 9 or 10.

CHAPTER IX

SETTLEMENT OF DISPUTES

Article 25

Conciliation

1. In case of difficulty arising from the application of this Convention, the parties concerned shall endeavour to achieve a friendly settlement.
2. Unless one of the parties concerned objects, the Standing Committee may examine the question, by placing itself at the disposal of the parties concerned in order to reach a satisfactory solution as rapidly as possible and, where appropriate, to formulate an advisory opinion on the subject.
3. Each party concerned undertakes to accord the Standing Committee without delay all information and facilities necessary for the discharge of its functions under the preceding paragraph.

Article 26

Arbitration

1. If the parties concerned cannot settle the dispute in accordance with the provisions of Article 25, they may, by common agreement, submit it to arbitration, the procedure of which is provided for in the appendix to this Convention. In the absence of such an agreement within six months following the first request to open the procedure of conciliation, the dispute may be submitted to arbitration at the request of one of the parties.

3. Toute proposition d'amendement est examinée par le Comité permanent qui soumet le texte adopté à la majorité des trois quarts des membres du Comité permanent au Comité des Ministres pour approbation. Après cette approbation, le texte est transmis aux Parties pour acceptation.

4. Tout amendement entre en vigueur le trentième jour après que toutes les Parties ont informé le Secrétaire Général qu'elles l'ont accepté.

CHAPITRE VIII

VIOLATIONS ALLÉGUÉES DE LA PRÉSENTE CONVENTION

Article 24

Violations alléguées de la présente Convention

1. Lorsqu'une Partie constate une violation de la présente Convention, elle communique à la Partie de transmission la violation alléguée, les deux Parties s'efforçant de résoudre la difficulté sur la base des dispositions des articles 19, 25 et 26.

2. Si la violation alléguée présente un caractère manifeste, sérieux et grave, tel qu'elle soulève d'importants problèmes d'intérêt public et concerne les articles 7, paragraphes 1 ou 2, 12, 13, paragraphe 1, première phrase, 14 ou 15, paragraphes 1 ou 3, et si elle continue deux semaines après la communication, la Partie de réception peut suspendre, à titre provisoire, la retransmission du service de programmes mis en cause.

3. Dans tous les autres cas de violation alléguée, à l'exception de ceux prévus au paragraphe 4, la Partie de réception peut suspendre, à titre provisoire, la retransmission du service de programmes mis en cause après huit mois à dater de la communication, lorsque la violation alléguée continue.

4. La suspension provisoire de la retransmission n'est pas admise lors de violations alléguées des articles 7, paragraphe 3, 8, 9 ou 10.

CHAPITRE IX

RÈGLEMENT DES DIFFÉRENDS

Article 25

Conciliation

1. En cas de difficulté dans l'application de la présente Convention, les parties concernées s'efforcent de parvenir à un règlement amiable.

2. Sauf si l'une des parties concernées s'y oppose, le Comité permanent peut examiner la question, en se tenant à la disposition des parties concernées, afin de parvenir dans les plus brefs délais à une solution satisfaisante et, le cas échéant, formuler un avis consultatif à ce sujet.

3. Chaque partie concernée s'engage à fournir au Comité permanent, dans les meilleurs délais, toutes les informations et facilités nécessaires pour l'accomplissement de ses fonctions en vertu du paragraphe précédent.

Article 26

Arbitrage

1. Si les parties concernées ne peuvent régler leur différend sur la base des dispositions de l'article 25, elles peuvent, d'un commun accord, le soumettre à l'arbitrage selon la procédure prévue à l'annexe à la présente Convention. En l'absence d'un tel accord dans un délai de six mois à partir de la première demande tendant à l'ouverture de la procédure de conciliation, le différend peut être soumis à l'arbitrage à la requête de l'une des parties.

2. Any Party may, at any time, declare that it recognises as compulsory *ipso facto* and without special agreement in respect of any other Party accepting the same obligation the application of the arbitration procedure provided for in the appendix to this Convention.

CHAPTER X

OTHER INTERNATIONAL AGREEMENTS AND THE INTERNAL LAW OF THE PARTIES

Article 27

Other international agreements or arrangements

1. In their mutual relations, Parties which are members of the European Economic Community shall apply Community rules and shall not therefore apply the rules arising from this Convention except in so far as there is no Community rule governing the particular subject concerned.
2. Nothing in this Convention shall prevent the Parties from concluding international agreements completing or developing its provisions or extending their field of application.
3. In the case of bilateral agreements, this Convention shall not alter the rights and obligations of Parties which arise from such agreements and which do not affect the enjoyment of other Parties of their rights or the performance of their obligations under this Convention.

Article 28

Relations between the Convention and the internal law of the Parties

Nothing in this Convention shall prevent the Parties from applying stricter or more detailed rules than those provided for in this Convention to programme services transmitted by entities or by technical means within their jurisdiction, within the meaning of Article 3.

CHAPTER XI

FINAL PROVISIONS

Article 29

Signature and entry into force

1. This Convention shall be open for signature by the member States of the Council of Europe and the other States party to the European Cultural Convention, and by the European Economic Community. It is subject to ratification, acceptance or approval. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Secretary General of the Council of Europe.
2. This Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date on which seven States, of which at least five member States of the Council of Europe, have expressed their consent to be bound by the Convention in accordance with the provisions of the preceding paragraph.
3. A State may, at the time of signature or at any later date prior to the entry into force of this Convention in respect of that State, declare that it shall apply the Convention provisionally.
4. In respect of any State referred to in paragraph 1, or the European Economic Community, which subsequently express their consent to be bound by it, this Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date of deposit of the instrument of ratification, acceptance or approval.

2. Toute Partie peut, à tout moment, déclarer reconnaître comme obligatoire de plein droit et sans convention spéciale à l'égard de toute autre Partie acceptant la même obligation l'application de la procédure d'arbitrage prévue à l'annexe à la présente Convention.

CHAPITRE X

AUTRES ACCORDS INTERNATIONAUX ET DROIT INTERNE DES PARTIES

Article 27

Autres accords ou arrangements internationaux

1. Dans leurs relations mutuelles, les Parties qui sont membres de la Communauté économique européenne appliquent les règles de la Communauté et n'appliquent donc les règles découlant de la présente Convention que dans la mesure où il n'existe aucune règle communautaire régissant le sujet particulier concerné.
2. Aucune disposition de la présente Convention ne saurait empêcher les Parties de conclure des accords internationaux complétant ou développant ses dispositions ou étendant leur champ d'application.
3. En cas d'accords bilatéraux, la présente Convention ne modifie en rien les droits et obligations des Parties qui découlent de ces accords et qui ne portent atteinte ni à la jouissance par les autres Parties des droits qu'elles tiennent de la présente Convention, ni à l'exécution de leurs obligations découlant de celle-ci.

Article 28

Relations entre la Convention et le droit interne des Parties

Aucune disposition de la présente Convention ne saurait empêcher les Parties d'appliquer des règles plus strictes ou plus détaillées que celles prévues dans la présente Convention aux services de programmes transmis par des organismes ou à l'aide de moyens techniques relevant de leur juridiction, au sens de l'article 3.

CHAPITRE XI

DISPOSITIONS FINALES

Article 29

Signature et entrée en vigueur

1. La présente Convention est ouverte à la signature des Etats membres du Conseil de l'Europe et des autres Etats parties à la Convention culturelle européenne, ainsi qu'à celle de la Communauté économique européenne. Elle sera soumise à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.
2. La Convention entrera en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date à laquelle sept Etats, dont au moins cinq Etats membres du Conseil de l'Europe, auront exprimé leur consentement à être liés par la Convention conformément aux dispositions du paragraphe précédent.
3. Un Etat peut, lors de la signature ou à une date ultérieure précédant l'entrée en vigueur de la présente Convention à son égard, déclarer qu'il appliquera la Convention à titre provisoire.
4. La Convention entrera en vigueur à l'égard de tout Etat visé au paragraphe 1, ou de la Communauté économique européenne, qui exprimeront ultérieurement leur consentement à être liés par elle, le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date du dépôt de l'instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

— 12 —

Article 30

Accession by non-member States

1. After the entry into force of this Convention, the Committee of Ministers of the Council of Europe, after consulting the Contracting States may invite any other State to accede to this Convention by a decision taken by the majority provided for in Article 20.d of the Statute of the Council of Europe and by the unanimous vote of the representatives of the Contracting States entitled to sit on the Committee.
2. In respect of any acceding State, this Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date of deposit of the instrument of accession with the Secretary General of the Council of Europe.

Article 31

Territorial application

1. Any State may, at the time of signature or when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, specify the territory or territories to which this Convention shall apply.
2. Any State may, at any later date, by a declaration addressed to the Secretary General of the Council of Europe, extend the application of this Convention to any other territory specified in the declaration. In respect of such territory, the Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date of receipt of such declaration by the Secretary General.
3. Any declaration made under the two preceding paragraphs may, in respect of any territory specified in such declaration, be withdrawn by a notification addressed to the Secretary General. The withdrawal shall become effective on the first day of the month following the expiration of a period of six months after the date of receipt of such notification by the Secretary General.

Article 32

Reservations

1. At the time of signature or when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession:
 - a. any State may declare that it reserves the right to restrict the retransmission on its territory, solely to the extent that it does not comply with its domestic legislation, of programme services containing advertisements for alcoholic beverages according to the rules provided for in Article 15, paragraph 2, of this Convention;
 - b. the United Kingdom may declare that it reserves the right not to fulfil the obligation, set out in Article 15, paragraph 1, to prohibit advertisements for tobacco products, in respect of advertisements for cigars and pipe tobacco broadcast by the Independent Broadcasting Authority by terrestrial means on its territory.

No other reservation may be made.
2. A reservation made in accordance with the preceding paragraph may not be the subject of an objection.
3. Any Contracting State which has made a reservation under paragraph 1 may wholly or partly withdraw it by means of a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe. The withdrawal shall take effect on the date of receipt of such notification by the Secretary General.
4. A Party which has made a reservation in respect of a provision of this Convention may not claim the application of that provision by any other Party; it may, however, if its reservation is partial or conditional, claim the application of that provision in so far as it has itself accepted it.

Article 30

Adhésion d'Etats non membres

1. Après l'entrée en vigueur de la présente Convention, le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe pourra, après consultation des Etats contractants, inviter tout autre Etat à adhérer à la Convention par une décision prise à la majorité prévue à l'article 20.d du Statut du Conseil de l'Europe et à l'unanimité des représentants des Etats contractants ayant le droit de siéger au Comité.
2. Pour tout Etat adhérent, la Convention entrera en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date du dépôt de l'instrument d'adhésion près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

Article 31

Application territoriale

1. Tout Etat peut, au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, désigner le ou les territoires auxquels s'appliquera la présente Convention.
2. Tout Etat peut, à tout autre moment par la suite, par une déclaration adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, étendre l'application de la présente Convention à tout autre territoire désigné dans la déclaration. La Convention entrera en vigueur à l'égard de ce territoire le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date de réception de la déclaration par le Secrétaire Général.
3. Toute déclaration faite en vertu des deux paragraphes précédents pourra être retirée, en ce qui concerne tout territoire désigné dans cette déclaration, par notification adressée au Secrétaire Général. Le retrait prendra effet le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de six mois après la date de réception de la notification par le Secrétaire Général.

Article 32

Réserves

1. Au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion :
 - a. tout Etat peut déclarer qu'il se réserve le droit de s'opposer à la retransmission sur son territoire, dans la seule mesure où elle n'est pas conforme à sa législation nationale, de services de programmes contenant de la publicité pour les boissons alcoolisées selon les règles prévues à l'article 15, paragraphe 2, de la présente Convention ;
 - b. le Royaume-Uni peut déclarer qu'il se réserve le droit de ne pas satisfaire à l'obligation, prévue par l'article 15, paragraphe 1, d'interdire la publicité pour les produits du tabac, en ce qui concerne la publicité pour les cigares et le tabac pour pipe diffusée par l'*Independent Broadcasting Authority* sur le territoire britannique par des moyens terrestres.

Aucune autre réserve n'est admise.

2. Une réserve formulée conformément au paragraphe précédent ne peut pas faire l'objet d'objections.
3. Tout Etat contractant qui a formulé une réserve en vertu du paragraphe 1 peut la retirer en tout ou partie en adressant une notification au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe. Le retrait prendra effet à la date de réception de la notification par le Secrétaire Général.
4. La Partie qui a formulé une réserve au sujet d'une disposition de la présente Convention ne peut prétendre à l'application de cette disposition par une autre Partie ; toutefois, elle peut, si la réserve est partielle ou conditionnelle, prétendre à l'application de cette disposition dans la mesure où elle-même l'a acceptée.

Article 33

Denunciation

1. Any Party may, at any time, denounce this Convention by means of a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe.
2. Such denunciation shall become effective on the first day of the month following the expiration of a period of six months after the date of receipt of the notification by the Secretary General.

Article 34

Notifications

The Secretary General of the Council of Europe shall notify the member States of the Council, the other States party to the European Cultural Convention, the European Economic Community and any State which has acceded to, or has been invited to accede to this Convention of:

- a. any signature;
- b. the deposit of any instrument of ratification, acceptance, approval or accession;
- c. any date of entry into force of this Convention in accordance with the provisions of Articles 29, 30 and 31;
- d. any report established in accordance with the provisions of Article 22;
- e. any other act, declaration, notification or communication relating to this Convention.

— 13 —

Article 33

Dénonciation

1. Toute Partie peut, à tout moment, dénoncer la présente Convention en adressant une notification au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.
2. La dénonciation prendra effet le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de six mois après la date de réception de la notification par le Secrétaire Général.

Article 34

Notifications

Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe notifiera aux Etats membres du Conseil, aux autres Etats parties à la Convention culturelle européenne, à la Communauté économique européenne et à tout Etat ayant adhéré ou ayant été invité à adhérer à la présente Convention :

- a. toute signature ;
- b. le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion ;
- c. toute date d'entrée en vigueur de la présente Convention conformément aux dispositions des articles 29, 30 et 31 ;
- d. tout rapport établi en application des dispositions de l'article 22 ;
- e. tout autre acte, déclaration, notification ou communication ayant trait à la présente Convention.

In witness whereof the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Convention.

Done at Strasbourg, the 5th day of May 1989, in English and French, both texts being equally authentic, in a single copy which shall be deposited in the archives of the Council of Europe. The Secretary General of the Council of Europe shall transmit certified copies to each member State of the Council of Europe, to the other States party to the European Cultural Convention, to the European Economic Community and to any State invited to accede to this Convention.

For the Government
of the Republic of Austria:

Alois MOCK

For the Government
of the Kingdom of Belgium:

For the Government
of the Republic of Cyprus:

For the Government
of the Kingdom of Denmark:

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

Fait à Strasbourg, le 5 mai 1989, en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé dans les archives du Conseil de l'Europe. Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe en communiquera copie certifiée conforme à chacun des Etats membres du Conseil de l'Europe, aux autres Etats parties à la Convention culturelle européenne, à la Communauté économique européenne et à tout Etat invité à adhérer à la présente Convention.

Pour le Gouvernement
de la République d'Autriche:

Pour le Gouvernement
du Royaume de Belgique:

Pour le Gouvernement
de la République de Chypre:

Pour le Gouvernement
du Royaume de Danemark:

— 15 —

For the Government
of the Republic of Finland:

Pour le Gouvernement
de la République de Finlande:

For the Government
of the French Republic:

Pour le Gouvernement
de la République française:

For the Government
of the Federal Republic of Germany:

Pour le Gouvernement
de la République Fédérale d'Allemagne:

For the Government
of the Hellenic Republic:

Pour le Gouvernement
de la République hellénique:

For the Government
of the Icelandic Republic:

Pour le Gouvernement
de la République islandaise:

— 16 —

For the Government
of Ireland:

Pour le Gouvernement
d'Irlande:

For the Government
of the Italian Republic:

Pour le Gouvernement
de la République italienne:

For the Government
of the Principality of Liechtenstein:

Pour le Gouvernement
de la Principauté de Liechtenstein:

Hans BRUNHART

For the Government
of the Grand Duchy of Luxembourg:

Pour le Gouvernement
du Grand-Duché de Luxembourg:

Jacques F. POOS

For the Government
of Malta:

Pour le Gouvernement
de Malte:

— 17 —

For the Government
of the Kingdom of the Netherlands:

Pour le Gouvernement
du Royaume des Pays-Bas:

Hans van den BROEK

For the Government
of the Kingdom of Norway:

Pour le Gouvernement
du Royaume de Norvège:

Thorvald STOLTENBERG

For the Government
of the Portuguese Republic:

Pour le Gouvernement
de la République portugaise:

For the Government
of the Republic of San Marino:

Pour le Gouvernement
de la République de Saint-Marin:

Gabriele GATTI

For the Government
of the Kingdom of Spain:

Pour le Gouvernement
du Royaume d'Espagne:

Francisco FERNANDEZ ORDOÑEZ

— 18 —

For the Government
of the Kingdom of Sweden:

Pour le Gouvernement
du Royaume de Suède:

Anita GRADIN

For the Government
of the Swiss Confederation:

Pour le Gouvernement
de la Confédération suisse:

René FELBER

For the Government
of the Turkish Republic:

Pour le Gouvernement
de la République turque:

For the Government
of the United Kingdom of Great Britain
and Northern Ireland:

Pour le Gouvernement
du Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord:

Sir Geoffrey HOWE

For the Holy See:

Pour le Saint-Siège:

— 19 —

For the Government
of the Federal Socialist Republic
of Yugoslavia:

Pour le Gouvernement
de la République socialiste fédérative
de Yougoslavie:

For the European
Economic Community:

Pour la Communauté
économique européenne:

APPENDIX

Arbitration

1. A request for arbitration shall be notified to the Secretary General of the Council of Europe. It shall include the name of the other party to the dispute and the subject matter of the dispute. The Secretary General shall communicate the information so received to all the Parties to this Convention.
2. In the event of a dispute between two Parties one of which is a member State of the European Economic Community, the latter itself being a Party, the request for arbitration shall be addressed both to the member State and to the Community, which jointly shall notify the Secretary General, within one month of receipt of the request, whether the member State or the Community, or the member State and the Community jointly, shall be party to the dispute. In the absence of such notification within the said time-limit, the member State and the Community shall be considered as being one and the same party to the dispute for the purposes of the application of the provisions governing the constitution and procedure of the arbitration tribunal. The same shall apply when the member State and the Community jointly present themselves as party to the dispute. In cases envisaged by this paragraph, the time-limit of one month foreseen in the first sentence of paragraph 4 hereafter shall be extended to two months.
3. The arbitration tribunal shall consist of three members: each of the parties to the dispute shall appoint one arbitrator; the two arbitrators so appointed shall designate by common agreement the third arbitrator who shall be the chairman of the tribunal. The latter shall not be a national of either of the parties to the dispute, nor have his usual place of residence in the territory of either of those parties, nor be employed by either of them, nor have dealt with the case in another capacity.
4. If one of the parties has not appointed an arbitrator within one month following the communication of the request by the Secretary General of the Council of Europe, he shall be appointed at the request of the other party by the President of the European Court of Human Rights within a further one-month period. If the President of the Court is unable to act or is a national of one of the parties to the dispute, the appointment shall be made by the Vice-President of the Court or by the most senior judge to the Court who is available and is not a national of one of the parties to the dispute. The same procedure shall be observed if, within a period of one month following the appointment of the second arbitrator, the Chairman of the arbitration tribunal is not designated.
5. The provisions of paragraphs 3 and 4 shall apply, as the case may be, in order to fill any vacancy.
6. Two or more parties which determine by agreement that they are in the same interest shall appoint an arbitrator jointly.
7. The parties to the dispute and the Standing Committee shall provide the arbitration tribunal with all facilities necessary for the effective conduct of the proceedings.
8. The arbitration tribunal shall draw up its own Rules of Procedure. Its decisions shall be taken by majority vote of its members. Its award shall be final and binding.
9. The award of the arbitration tribunal shall be notified to the Secretary General of the Council of Europe who shall communicate it to all the Parties to this Convention.
10. Each party to the dispute shall bear the expenses of the arbitrator appointed by it; these parties shall share equally the expenses of the other arbitrator, as well as other costs entailed by the arbitration.

ANNEXE

Arbitrage

1. Toute requête d'arbitrage est notifiée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe. Elle indique le nom de l'autre partie au différend et l'objet du différend. Le Secrétaire Général communique les informations ainsi reçues à toutes les Parties à la Convention.
2. En cas de différend entre deux Parties dont l'une est un Etat membre de la Communauté économique européenne, elle-même Partie, la requête d'arbitrage est adressée à la fois à cet Etat membre et à la Communauté, qui notifient conjointement au Secrétaire Général, dans un délai d'un mois après la réception de la requête, si l'Etat membre ou la Communauté, ou l'Etat membre et la Communauté conjointement, se constituent partie au différend. A défaut d'une telle notification dans ledit délai, l'Etat membre et la Communauté sont réputés n'être qu'une seule et même partie au différend pour l'application des dispositions régissant la constitution et la procédure du tribunal arbitral. Il en est de même lorsque l'Etat membre et la Communauté se constituent conjointement partie au différend. Dans l'hypothèse envisagée par le présent paragraphe, le délai d'un mois prévu à la première phrase du paragraphe 4 ci-après est porté à deux mois.
3. Le tribunal arbitral est composé de trois membres : chacune des parties au différend nomme un arbitre ; les deux arbitres ainsi nommés désignent d'un commun accord le troisième arbitre, qui assume la présidence du tribunal. Ce dernier ne doit pas être ressortissant de l'une des parties au différend, ni avoir sa résidence habituelle sur le territoire de l'une de ces parties, ni se trouver au service de l'une d'elles, ni s'être déjà occupé de l'affaire à un autre titre.
4. Si, dans un délai d'un mois à compter de la communication de la requête par le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, l'une des parties n'a pas nommé un arbitre, le Président de la Cour européenne des Droits de l'Homme procède, à la demande de l'autre partie, à sa nomination dans un nouveau délai d'un mois. Si le Président de la Cour est empêché ou est ressortissant de l'une des parties au différend, cette nomination incombe au Vice-Président de la Cour ou au membre le plus ancien de la Cour qui est disponible et qui n'est pas ressortissant de l'une des parties au différend. La même procédure s'applique si, dans un délai d'un mois après la nomination du deuxième arbitre, le président du tribunal arbitral n'est pas désigné.
5. Les dispositions des paragraphes 3 et 4 s'appliquent, selon le cas, pour pourvoir à tout siège vacant.
6. Lorsque deux parties ou plus s'entendent pour faire cause commune, elles nomment conjointement un arbitre.
7. Les parties au différend et le Comité permanent fournissent au tribunal arbitral toutes les facilités nécessaires pour la conduite efficace de la procédure.
8. Le tribunal arbitral établit ses propres règles de procédure. Ses décisions sont prises à la majorité de ses membres. Sa sentence est définitive et obligatoire.
9. La sentence du tribunal arbitral est notifiée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe qui la communique à toutes les Parties à la Convention.
10. Chaque partie au différend supporte les frais de l'arbitre qu'elle a nommé ; ces parties supportent, à parts égales, les frais de l'autre arbitre, ainsi que les autres dépenses entraînées par l'arbitrage.

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz
zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans
des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 1992 (Nachtragshaushaltsgesetz 1992)
und zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Vom 28. September 1992

Artikel 1¹⁾

Das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992) vom 18. Dezember 1991 (GVBl. I S. 411) wird wie folgt geändert:

1. § 1 erhält folgende Fassung:

„§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beige-
fügte Haushaltsplan für das Haushalts-
jahr 1992 wird in Einnahme und Aus-
gabe auf

32 226 237 000 Deutsche Mark
festgestellt.“

2. Der Gesamtplan 1992 Teil I Haushalts-
übersicht A — Zusammenfassung der
Einnahmen und Ausgaben der Einzel-
pläne —, der Gesamtplan 1992 Teil I
Haushaltsübersicht B — Zusammenfas-
sung der Verpflichtungsermächtigun-

gen der Einzelpläne und deren Inan-
spruchnahme —, der Gesamtplan 1992
Teil II — Finanzierungsübersicht —, der
Gesamtplan 1992 Teil III — Kredit-
finanzierungsplan — werden nach
Maßgabe der diesem Gesetz beigegefü-
gten Übersichten geändert.

Artikel 2²⁾

Das Finanzausgleichsgesetz in der Fas-
sung vom 3. April 1992 (GVBl. I S. 142)
wird wie folgt geändert:

In § 33 Abs. 1 wird der Punkt nach
Nr. 10 durch ein Semikolon ersetzt und
folgende Nr. 11 eingefügt:

„11. Errichtung von Unterkünften für
Asylbewerber.“

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom
1. Januar 1992 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 28. September 1992

Der Hessische
Ministerpräsident
Eichel

Die Hessische Ministerin
der Finanzen
Dr. Fugmann-Heesing

¹⁾ Ändert GVBl. II 43-59
²⁾ Ändert GVBl. II 41-16

**Gesamtplan 1992 (einschließlich Nachtragshaushalt)
Teil I Haushaltsübersicht**

A. Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne

Einzelplan	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben DM	Eigene Einnahmen DM	Übertragungs-einnahmen DM	Vermögens-wirksame und besondere Finanzierungs-einnahmen DM	Gesamteinnahmen DM	Persönliche Ver-waltungs-ausgaben DM	Sichtliche Ver-waltungs-ausgaben		Übertragungs-ausgaben DM	Bau-ausgaben DM	Sonstige Investitions-ausgaben DM	Besondere Finanzierungs-ausgaben DM	Gesamtausgaben DM	Überschuß (+) Zuschuß (-) DM
								Ausgaben für den Schuldendienst	DM						
	Einzelpläne: 01, 02, 04, 06, 07, 09, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 19, 21	3 745 000	984 011 400	1 075 351 200	565 341 800	2 628 449 400	8 153 087 500	849 913 300 5 668 185 400	2 069 970 100	347 290 800	1 346 097 500	49 820 700	18 474 365 300	- 15 845 915 900	
03	Hessisches Ministerium des Innern und für Europa-angelegenheiten	—	107 121 500	13 045 900	19 391 500	139 558 900	1 224 835 500	192 804 900	28 507 800	3 323 000	88 010 800	14 303 600	1 551 785 600	- 1 412 226 700	
05	Hessisches Ministerium der Justiz	—	460 100 400	7 255 800	5 771 500	473 127 700	812 201 700	253 636 700 250 000	59 503 900	2 502 500	10 937 200	519 000	1 139 551 000	- 666 423 300	
10	Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie und Bundes-angelegenheiten	135 000 000	15 188 300	28 952 300	34 861 400	214 002 000	124 777 100	64 029 200	49 176 800	10 005 000	150 847 700	26 372 400	425 208 200	- 211 206 200	
17	Allgemeine Finanzverwaltung	21 906 320 000	256 277 200	114 082 000	6 205 428 300	28 482 107 500	930 453 100	44 664 000	5 417 986 100	1 000	1 659 674 500	430 751 300	8 483 530 000	+ 19 998 577 500	
18	Staatliche Hochbaumaßnahmen	—	1 000 000	—	142 627 000	143 627 000	—	—	—	742 402 000	36 540 000	—	778 942 000	- 635 315 000	
22	Hessisches Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit	—	56 465 000	34 460 500	54 439 000	145 364 500	121 125 900	234 767 300	959 924 500	—	56 659 700	377 500	1 372 854 900	- 1 227 490 400	
	Insgesamt	22 045 065 000	1 880 163 800	1 273 147 700	7 027 860 500	32 226 237 000	11 366 480 800	7 298 250 800	8 585 069 200	1 105 524 300	3 348 767 400	522 144 500	32 226 237 000	—	

Gesamtplan 1992 (einschließlich Nachtrag)**Teil I Haushaltsübersicht****B. Zusammenfassung der Verpflichtungsermächtigungen der Einzelpläne und deren Inanspruchnahme**

Epl.	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung 1992 DM	von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden			
			1993 DM	1994 DM	1995 DM	spätere Jahre DM
1	2	3	4	5	6	7
17	Allgemeine Finanzverwaltung	1 071 200 000	418 800 000	320 300 000	194 900 000	137 200 000
18	Staatliche Hochbaumaßnahmen	696 910 000	501 500 000	177 750 000	16 160 000	1 500 000
22	Hessisches Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit	252 615 000	118 410 000	91 805 000	36 400 000	6 000 000
	Ubrige Einzelpläne: 01, 02, 03, 04, 05, 06, 07, 09, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 19, 21	1 849 336 000	889 099 000	590 471 800	151 588 200	218 177 000
—	Insgesamt	3 870 061 000	1 927 809 000	1 180 326 800	399 048 200	362 877 000

Gesamtplan 1992

Teil II Finanzierungsübersicht

I. Ermittlung des Finanzierungssaldos	Mio DM
1. Ausgaben	28 175,1
(ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrags, haushaltstechnische Verrechnungen)	
2. Einnahmen	26 273,7
(ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen, haushaltstechnische Verrechnungen)	
3. Finanzierungssaldo	- 1 901,4
 II. Zusammensetzung des Finanzierungssaldos	
1. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt	2 080,0
1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	5 609,0
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	3 529,0
darunter: für Ausgleichsforderungen	25,0
2. Abwicklung der Vorjahre	—
2.1 Einnahmen aus Überschüssen	—
2.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	—
3. Rücklagenbewegung	- 178,6
3.1 Entnahmen aus Rücklagen	2,1
3.2 Zuführungen an Rücklagen	180,7
4. Haushaltstechnische Verrechnungen	—
4.1 Einnahmenseite	341,4
4.2 Ausgabenseite	341,4
5. Finanzierungssaldo (Summe 1 bis 4)	1 901,4

Abweichungen in den Summen durch Runden

Gesamtplan 1992
Teil III Kreditfinanzierungsplan

A. Kredite am Kreditmarkt	Mio DM
I. Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	5 609,0
II. Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	3 529,0
1. Darlehen der Sozialversicherungsträger	4,0
2. Inhaberschuldverschreibungen (Anleihen)	70,1
3. Andere Schuldscheindarlehen zusammen	3 429,1
4. Ausgleichsforderungen	25,0
5. Tilgung übernommener Darlehensverpflichtungen	0,8
6. Sonstige Tilgungen	0
III. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt	2 080,0
B. Kredite im öffentlichen Bereich	
I. Einnahmen aus Krediten im öffentlichen Bereich	66,3
1. Aufwendungsdarlehen im Eigentumsprogramm (2. Förderungsweg)	48,0
(Kap. 19 03—311 28)	
2. Förderung des sozialen Wohnungsbaues (1. Förderungsweg) ..	17,5
(Kap. 19 03—311 09)	
3. Versuchs- und Vergleichsbauvorhaben	0,6
(Kap. 19 03—311 16)	
4. Bau von Ersatzwohnungen für Zwecke der Bundesfernstraßen (Kap. 19 03—311 23)	0,2
5. Wohnraumversorgung von Aussiedlern und Zuwanderern ...	—
(Kap. 19 03—311 73)	
6. Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen ...	—
(Kap. 19 04—311 06)	
II. Ausgaben zur Schuldentilgung im öffentlichen Bereich	48,2
1. Darlehen des Bundes für den Wohnungsbau	48,0
(Kap. 13 11—581 01)	
2. Darlehen des Bundes für Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden	0,2
(Kap. 13 11—581 14)	
3. Darlehen des Bundes für Studien- und Modellvorhaben	—
(Kap. 13 11—581 07)	
III. Netto-Neuverschuldung im öffentlichen Bereich	18,1

Abweichungen in den Summen durch Runden

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Gesetz
zu dem Staatsvertrag vom 4. Dezember 1991
über die Änderung des Staatsvertrages über das Fernunterrichtswesen*)**

Vom 2. Oktober 1992

§ 1

(1) Dem Staatsvertrag vom 4. Dezember 1991 über die Änderung des Staatsvertrages über das Fernunterrichtswesen vom 16. Februar 1978 wird zugestimmt.

(2) Der Staatsvertrag wird nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

(3) Der Tag, an dem der Staatsvertrag gemäß Artikel III in Kraft tritt, ist im Gesetz- und Verordnungsblatt Teil I bekanntzugeben.

Anlage

§ 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 2. Oktober 1992

Der Hessische
Ministerpräsident
Eichel

Der Hessische
Kultusminister
Holzapfel

*) GVBl. II Anhang Staatsverträge

STAATSVERTRAG **Anlage**
über die Änderung des Staatsvertrages über das Fernunterrichtswesen
vom 16. Februar 1978

Das Land Baden-Württemberg,
der Freistaat Bayern,
das Land Berlin,
das Land Brandenburg,
die Freie Hansestadt Bremen,
die Freie und Hansestadt Hamburg,
das Land Hessen,
das Land Mecklenburg-Vorpommern,
das Land Niedersachsen,
das Land Nordrhein-Westfalen,
das Land Rheinland-Pfalz,
das Saarland,
der Freistaat Sachsen,
das Land Sachsen-Anhalt,
das Land Schleswig-Holstein und
das Land Thüringen

schließen folgenden Staatsvertrag:

Artikel 1

Die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen treten dem Staatsvertrag über das Fernunterrichtswesen vom 16. Februar 1978 bei.

Artikel II

Bis zur Durchführung eines gesamtdeutschen Länderfinanzausgleichs gilt

Bonn, den 4. Dezember 1991

Für das Land Baden-Württemberg:

Für den Freistaat Bayern:

Für das Land Berlin:

Für das Land Brandenburg:

Für die Freie Hansestadt Bremen:

Für die Freie und Hansestadt Hamburg:

Für das Land Hessen:

Für das Land Mecklenburg-Vorpommern:

Für das Land Niedersachsen:

Für das Land Nordrhein-Westfalen:

Für das Land Rheinland-Pfalz:

Für das Saarland:

Für den Freistaat Sachsen:

Für das Land Sachsen-Anhalt:

Für das Land Schleswig-Holstein:

Für das Land Thüringen:

für die in Artikel 14 Abs. 2 genannte Erstattung der Fehlbeträge folgende Regelung:

Der Zuschußbedarf für die Zentralstelle wird von den alten Ländern nach dem bisherigen Königsteiner Schlüssel getragen.

Eine Beteiligung der neuen Länder an der Grundfinanzierung der Zentralstelle erfolgt nicht.

Der durch die Ausdehnung des Aufgabensbereiches auf die neuen Länder und den östlichen Teil Berlins bedingte Zuschußbedarf (beitrittsbedingter Bedarf) wird von den neuen Ländern und Berlin allein getragen. Die Aufteilung des gemeinsamen Zuschusses wird in dem Haushaltsplan ausgewiesen.

Der von den neuen Ländern und Berlin aufzubringende Anteil wird nach der Bevölkerungszahl umgelegt.

Artikel III

Dieser Staatsvertrag tritt am ersten Tage des Monats in Kraft, der dem Monat folgt, in dem die letzte der von den Ländern ausgefertigten Ratifizierungsurkunden bei dem Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen hinterlegt wird.

Erwin Teufel

Dr. Mathilde Berghofer-Weichner

Eberhard Diepgen

Dr. Manfred Stolpe

Klaus Wedemeier

Dr. Henning Voscherau

Hans Eichel

Dr. Alfred Gomolka

Gerhard Schröder

Dr. Herbert Schnoor

Rudolf Scharping

Hans Kasper

Dr. Kurt Biedenkopf

Dr. Werner Münch

Björn Engholm

Josef Duchac

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Hessisches Gesetz
über das Liegenschaftskataster und die Landesvermessung
(Hessisches Vermessungsgesetz — HVG —*)**

Vom 2. Oktober 1992

Inhaltsübersicht

Erster Abschnitt

Liegenschaftskataster

- § 1 Zweck
- § 2 Bestandteile und Grundlagen
- § 3 Fortführung
- § 4 Beglaubigung von Anträgen auf Vereinigung oder Teilung von Grundstücken
- § 5 Übereinstimmung mit dem Grundbuch
- § 6 Aufstellung neuer Liegenschaftskataster

Zweiter Abschnitt

Grenzfeststellung und Abmarkung

- § 7 Grundstücksgrenzen
- § 8 Vermessungspunkte
- § 9 Erhaltung der Grenz- und Vermessungsmarken
- § 10 Abmarkungsverfahren
- § 11 Bekanntgabe der Ergebnisse
- § 12 Entfernen von Grenzmarken

Dritter Abschnitt

Landesvermessung

- § 13 Aufgaben der Landesvermessung

Vierter Abschnitt

Zuständigkeit

- § 14 Kataster- und Landesvermessungsbehörden
- § 15 Vermessungsstellen

Fünfter Abschnitt

Öffentlichkeit des Liegenschaftskatasters und der Ergebnisse der Landesvermessung

- § 16 Einsicht, Auskunft und Auszüge
- § 17 Herstellung und Vervielfältigung von Auszügen

Sechster Abschnitt

Pflichten der Eigentümer und der Behörden

- § 18 Melde- und Auskunftspflicht
- § 19 Grenzänderungen, Gebäudeeinemessung
- § 20 Aufbau von Informationssystemen
- § 21 Betreten von Grundstücken und baulichen Anlagen

Siebter Abschnitt

Bußgeldvorschriften

- § 22 Bußgeldvorschriften

Achter Abschnitt

Übergangs- und Schlußvorschriften

- § 23 Übergangsvorschriften
- § 24 Änderung der Hessischen Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure
- § 25 Aufhebung von Vorschriften
- § 26 Inkrafttreten

Erster Abschnitt

Liegenschaftskataster

§ 1

Zweck

(1) Über sämtliche Liegenschaften des Landesgebietes ist ein Kataster zu führen (Liegenschaftskataster). Liegenschaften im Sinne dieses Gesetzes sind Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Gebäude, auch wenn diese nicht wesentliche Bestandteile von Grundstücken sind.

(2) Das Liegenschaftskataster soll die Liegenschaften so nachweisen und beschreiben, wie es die Bedürfnisse von Recht, Verwaltung, Wirtschaft und Umwelt erfordern. Es soll geeignet sein, als Grundlage für grundstücksbezogene Informationssysteme (Landinformationssysteme) zu dienen.

(3) Das Liegenschaftskataster ist amtliches Verzeichnis der Grundstücke im Sinne von § 2 Abs. 2 der Grundbuchordnung.

§ 2

Bestandteile und Grundlagen

(1) Das Liegenschaftskataster besteht aus der Liegenschaftskarte und dem Liegenschaftsbuch und soll in automatisierter Form geführt werden.

(2) Buchungseinheit im Liegenschaftskataster ist das Flurstück als ein geometrisch begrenzter Teil der Erdoberfläche.

(3) Der Nachweis der Liegenschaften soll sich auf eine Vermessung gründen. Vermessungen, die dazu bestimmt sind, in das Liegenschaftskataster übernommen zu werden, sind Katastervermessungen.

(4) Die Liegenschaften werden mit ihren vermessungstechnischen Grundlagen, Ordnungsmerkmalen, Grenzen, Abmarkungen, Lagebezeichnungen, Flächengrößen, Nutzungen, Bodenschätzungsmerkmalen sowie Hinweisen auf öffentlich-rechtliche Festlegungen, öffentlich-rechtliche Verfahren und amtliche Feststellungen nachgewiesen.

*) GVBl. II 363-28

(5) Für die Kennzeichnung des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens und seiner Ertragsfähigkeit sind die rechtskräftig feststehenden Ergebnisse der Bodenschätzung nach dem Bodenschätzungsgesetz vom 16. Oktober 1934 (RGBl. I S. 1050), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341), maßgebend.

(6) Die Eigentümer der im Grundbuch eingetragenen Grundstücke und die Inhaber grundstücksgleicher Rechte sind mit Namen, Geburtsdatum, Anschrift, sonstigen sich aus dem Grundbuch ergebenden, deutlich kennzeichnenden Merkmalen, Eigentumsanteilen, Eigentumsart und Buchungsmerkmalen des Grundbuchs nachzuweisen; dies gilt für die Eigentümer ungebuchter Grundstücke entsprechend. Außerdem können die Namen und Anschriften von Bevollmächtigten geführt werden. Einer besonderen Benachrichtigung nach § 18 Abs. 2 des Hessischen Datenschutzgesetzes bedarf es nicht.

§ 3

Fortführung

(1) Das Liegenschaftskataster ist durch Fortführung auf dem laufenden zu halten.

(2) Die Fortführung des Liegenschaftskatasters ist den Grundstückseigentümern sowie den Inhabern grundstücksgleicher Rechte bekanntzugeben. Bei Fortführungen auf Grund von Mitteilungen und amtlichen Bekanntmachungen von Behörden kann die Bekanntgabe unterbleiben.

(3) Fortführungen des Liegenschaftskatasters, die für das Grundbuch und die Nachweise der Finanzbehörden von Bedeutung sind, sind den zuständigen Behörden mitzuteilen.

(4) Die Zerlegung von Flurstücken zum Zwecke der Teilabschreibung im Grundbuch kann von den Katasterbehörden rückgängig gemacht werden, wenn die Teilung im Grundbuch nicht in einer angemessenen Frist beantragt wird.

§ 4

Beglaubigung von Anträgen auf Vereinigung oder Teilung von Grundstücken

(1) Die Leiterinnen und Leiter der Hauptabteilungen Katasteramt der Landräte und Oberbürgermeister als Behörden der Landesverwaltung, die Leiterinnen und Leiter der Vermessungsstellen der Kommunalbehörden nach § 15 Abs. 1 Nr. 3 und die von ihnen beauftragten Beamtinnen und Beamten dieser Dienststellen sowie Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure sind befugt, bei Anträgen auf Vereinigung (§ 890 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches) oder Teilung von Grundstücken die Unterschrift von Eigentümern öffentlich zu beglaubigen.

(2) Von dieser Befugnis soll nur Gebrauch gemacht werden, wenn die zu vereinigenden Grundstücke örtlich und wirtschaftlich ein einheitliches Grundstück darstellen oder die Teilung erforderlich ist, um örtlich und wirtschaftlich einheitliche Grundstücke herzustellen.

(3) Auf die Beglaubigung sind die Vorschriften des Beurkundungsgesetzes entsprechend anzuwenden.

(4) Die Beglaubigung ist kostenfrei.

§ 5

Übereinstimmung mit dem Grundbuch

Liegenschaftskataster und Grundbuch müssen hinsichtlich der Bezeichnung der Grundstücke, der Angabe ihrer Flächengröße sowie ihrer Eigentümer und sonstigen Berechtigten ständig in Übereinstimmung gehalten werden.

§ 6

Aufstellung neuer Liegenschaftskataster

(1) Das Liegenschaftskataster ist zu erneuern,

1. wenn die Grundstücke eines größeren Gebiets neu vermessen worden sind,
2. wenn eine Flurbereinigung durchgeführt worden ist,
3. auf Anordnung der obersten Kataster- und Vermessungsbehörde, wenn die Erneuerung aus anderen Gründen geboten ist.

(2) Die Neuaufstellung des Liegenschaftskatasters für eine Gemeinde oder Teile einer Gemeinde ist öffentlich bekanntzumachen.

Zweiter Abschnitt

Grenzfeststellung und Abmarkung

§ 7

Grundstücksgrenzen

(1) Grundstücksgrenzen sollen durch Grenzmarken dauerhaft gekennzeichnet (abgemarkt) sein, soweit die Grenzen nicht bereits durch Gebäude- oder Mauerecken oder in anderer Weise hinreichend erkennbar festgelegt sind. Ungeeignete Grenzmarken sind durch neue zu ersetzen, entbehrliche zu entfernen.

(2) Die Abmarkung geschieht auf Antrag.

(3) Abmarkungsmängel können auch ohne Antrag behoben werden, wenn sie anlässlich von Katastervermessungen oder der Absteckung von Gebäuden in unmittelbarer Abhängigkeit von Grundstücksgrenzen festgestellt werden. Kostenschuldner ist der Eigentümer des Grundstücks zum Zeitpunkt der Vermessung.

(4) Die Grenzen von Grundstücken, die im Rahmen öffentlich-rechtlicher Verfahren entstehen, werden bei ihrer erstmaligen Vermessung abgemarkt.

(5) Gerichtlich bestimmte Grenzen werden abgemarkt, wenn das rechtskräftige Urteil bei der Katasterbehörde eingeht. Satz 1 gilt entsprechend bei gerichtlichen Vergleichen.

(6) Die für das öffentliche Vermessungswesen zuständige Ministerin oder der Minister wird ermächtigt, die Form der Grenzen und die Art der Abmarkung sowie Ausnahmen von Abs. 1 und 4 durch Rechtsverordnung zu regeln.

(7) Vorschriften über die Abmarkung der Landesgrenzen bleiben unberührt.

§ 8

Vermessungspunkte

Die Eigentümer von Grundstücken und Bauwerken sowie die anderen Nutzungsberechtigten haben zu dulden, daß diese für die Abmarkung von Vermessungspunkten der Lage-, der Höhen- und der Schwerenetze in Anspruch genommen werden.

§ 9

Erhaltung der Grenz- und Vermessungsmarken

(1) Die Eigentümer von Grundstücken und Bauwerken sowie die anderen Nutzungsberechtigten haben die Grenz- und Vermessungsmarken zu schonen und, soweit diese nicht unterirdisch angebracht sind, erkennbar zu halten.

(2) Wer Arbeiten vornehmen will, die den festen Stand einer Grenz- oder Vermessungsmarke oder ihre Erkennbarkeit gefährden können, hat deren Sicherung oder Versetzung zu veranlassen.

(3) Das Land trägt die Kosten für die Versetzung und Sicherung der Vermessungsmarken des Lage-, des Höhen- und des Schwerenetzes der Landesvermessung.

§ 10

Abmarkungsverfahren

(1) Der Abmarkung von Grundstücksgrenzen geht ihre Feststellung voraus. Für die Feststellung bestehender Grenzen ist der Nachweis des Liegenschaftskatasters maßgebend.

(2) Über die Feststellung der Grenzen und die Abmarkung ist eine Niederschrift aufzunehmen. Den Betroffenen soll vorher Gelegenheit zur Anhörung gegeben werden.

§ 11

Bekanntgabe der Ergebnisse

(1) Das Ergebnis der Grenzfeststellung sowie die Abmarkung werden den davon betroffenen Beteiligten schriftlich bekanntgegeben (Grenzfeststellungs- und Abmarkungsbescheid).

(2) Die Ergebnisse können statt dessen ortsüblich bekanntgemacht werden, wenn eine Vielzahl von Beteiligten betroffen ist.

(3) In den Fällen des § 7 Abs. 4 können die Ergebnisse der Abmarkung mit den Ergebnissen des jeweiligen Verfahrens bekanntgegeben werden.

§ 12

Entfernen von Grenzmarken

Die Vorschriften der §§ 10 und 11 gelten für das Entfernen entbehrlicher Grenzmarken entsprechend.

Dritter Abschnitt

Landesvermessung

§ 13

Aufgaben der Landesvermessung

(1) Die Landesvermessung ermittelt die Gestalt und Bedeckung der Erdoberfläche des Landes. Sie umfaßt den Aufbau und die Erhaltung der geodätischen Grundlagen, die topographische Landesaufnahme, die Führung des amtlichen topographisch-kartographischen Informationssystems, die Bearbeitung und Herausgabe der Landeskartenwerke sowie die Führung des Landesluftbildarchivs. Die Ergebnisse der Landesvermessung sollen so nachgewiesen und dargestellt werden, daß sie den Erfordernissen von Verwaltung, Wirtschaft, Umwelt, Recht und Wissenschaft genügen.

(2) Geodätische Grundlagen sind das Lage-, das Höhen- und das Schwerenetz, die das ganze Land überdecken und in einheitlichen Bezugssystemen bestimmt sind. Das Lage- und das Höhennetz dienen der Katastervermessung und der topographischen Landesaufnahme. Aufgabe des Schwerenetzes ist die Bestimmung der Schwerkraft an der Erdoberfläche. Die geodätischen Grundlagen stehen außerdem für andere technische und für wissenschaftliche Zwecke zu Verfügung.

(3) Die topographische Landesaufnahme erfaßt die Geländeformen und die sonstigen Merkmale der Landschaft.

(4) Die Ergebnisse der topographischen Landesaufnahme sind auf dem neuesten Stand zu halten. Sie sollen im amtlichen topographisch-kartographischen Informationssystem in automatisierter Form geführt werden.

(5) Die Ergebnisse der topographischen Landesaufnahme sind auch in Landeskartenwerken, die das ganze Land umfassen, und in anderen, dem jeweiligen Verwendungszweck angepaßten Karten darzustellen. Die Landeskartenwerke sind auf dem neuesten Stand zu halten.

(6) Im Landesluftbildarchiv sind alle Luftbilder, Satellitenbilder und andere Fernerkundungsergebnisse zu sammeln, die für die topographische Landesaufnahme, die Katastervermessung und andere Aufgaben der Landesverwaltung Bedeutung haben. Die für das öffentliche Vermessungswesen zuständige Ministerin oder der Minister wird ermächtigt, das Nähere zur Einrichtung und Führung des Landesluftbildarchivs durch Rechtsverordnung zu regeln.

Vierter Abschnitt

Zuständigkeit

§ 14

Kataster- und Landesvermessungsbehörden

(1) Die Einrichtung und Führung des Liegenschaftskatasters und die Landesvermessung sind Aufgaben des Landes.

(2) Oberste Kataster- und Landesvermessungsbehörde ist das für das öffentliche Vermessungswesen zuständige Ministerium, obere Kataster- und Landesvermessungsbehörde das Hessische Landesvermessungsamt. Untere Kataster- und Landesvermessungsbehörden (Katasterämter) sind die Landräte und Oberbürgermeister als Behörden der Landesverwaltung.

(3) Die oberste Kataster- und Vermessungsbehörde bestimmt, wie das Liegenschaftskataster und die Nachweise der Landesvermessung einzurichten und zu führen sind.

(4) Das Hessische Landesvermessungsamt führt die Nachweise der Landesvermessung. Die Landeskartenwerke und die anderen Karten nach § 13 Abs. 5 werden von ihm als amtliche Karten bearbeitet und herausgegeben.

(5) Die Katasterämter führen das Liegenschaftskataster.

§ 15

Vermessungsstellen

(1) Katastervermessungen, einschließlich Feststellen von Grenzen sowie das Setzen, Aufrichten und Entfernen von Grenzmarken, dürfen nur ausführen

1. die Katasterbehörden,
2. die in Hessen zugelassenen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure,
3. die Vermessungsstellen der Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden, wenn diese Stellen von einer Beamtin oder einem Beamten des höheren ver-

messungstechnischen Dienstes geleitet werden und wenn es sich um Vermessungen handelt, die in Erfüllung eigener Aufgaben der betreffenden Verwaltung anfallen. Die oberste Katasterbehörde kann die Befugnis, Katastervermessungen auszuführen, auch einer behördlichen Vermessungsstelle einräumen, die von einer Beamtin oder einem Beamten des gehobenen vermessungstechnischen Dienstes geleitet wird.

(2) Die Vermessungsstellen nach Abs. 1 Nr. 2 und 3 können an den Arbeiten der Landesvermessung beteiligt werden. Die oberste Landesvermessungsbehörde kann die Beteiligung weiterer Stellen zulassen. Bei der Ausführung der Arbeiten sind die beteiligten Stellen an die Weisungen der oberen Landesvermessungsbehörde gebunden.

(3) Die Vorschriften des Ortsgesetzes bleiben unberührt.

Fünfter Abschnitt

Öffentlichkeit des Liegenschaftskatasters und der Ergebnisse der Landesvermessung

§ 16

Einsicht, Auskunft und Auszüge

(1) Jede Person oder Stelle, die ein berechtigtes Interesse glaubhaft macht, kann das Liegenschaftskataster und seine Unterlagen sowie die Ergebnisse der Landesvermessung einsehen und Auskunft daraus erhalten; soweit Einsicht und Auskunft zu gewähren ist, sind auf Antrag Auszüge zu erteilen.

(2) Gemeinden, Landkreise und Finanzbehörden dürfen die Angaben des Liegenschaftskatasters und die Ergebnisse der Landesvermessung zur rechtmäßigen Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten. Unter den gleichen Voraussetzungen dürfen die erhaltenen Angaben und Ergebnisse innerhalb der Gemeinde- und Kreisverwaltung weitergegeben werden.

(3) Sonstige öffentliche Stellen, Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure sowie Notarinnen und Notare dürfen Angaben und Ergebnisse erhalten, soweit dies im Einzelfall zur rechtmäßigen Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist.

(4) Über die Angaben und Ergebnisse hinaus, die nach Abs. 1 bis 3 zulässigerweise abgegeben werden dürfen, dürfen auch andere mit diesen verbundene personenbezogene Angaben und Ergebnisse abgegeben werden, wenn die Trennung der verbundenen von den abzugebenden personenbezogenen Angaben und Ergebnissen nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist.

(5) Die Angaben des Liegenschaftskatasters und die Ergebnisse der Landesvermessung dürfen nur für den Zweck verwendet werden, für den sie erteilt wurden. Eine Verwendung für andere Zwecke ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der abgebenden Kataster- und Landesvermessungsbehörden zulässig.

(6) Angaben aus dem Zahlenwerk des Liegenschaftskatasters dürfen nur den Vermessungsstellen nach § 15 Abs. 1 uneingeschränkt überlassen werden. Beratende Ingenieurinnen und Ingenieure der Fachrichtung Vermessungswesen und fachlich vergleichbare Stellen dürfen Angaben aus dem Zahlenwerk des Liegenschaftskatasters zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten, wenn Sie den Verwendungszweck darlegen und gewährleistet ist, daß die Angaben sachgerecht sowie nicht für die Ausführung von Katastervermessungen oder entsprechende Gutachten verwendet werden. Die oberste Kataster- und Vermessungsbehörde kann im Einzelfall Ausnahmen zulassen.

(7) An die in Abs. 2 und 3 genannten Stellen können Angaben und Ergebnisse auch durch automatisierte Abrufverfahren abgegeben werden. Die für das öffentliche Vermessungswesen zuständige Ministerin oder der Minister wird ermächtigt, die Einzelheiten durch Rechtsverordnung zu regeln.

§ 17

Herstellung und Vervielfältigung von Auszügen

(1) Auszüge aus dem Liegenschaftskataster und seinen Unterlagen sowie den Ergebnissen der Landesvermessung dürfen nur von den Kataster- und Landesvermessungsbehörden hergestellt und erteilt werden.

(2) Mit Ausnahme der Vervielfältigung für eigene, nichtgewerbliche Zwecke bedarf die Vervielfältigung von Auszügen und die Weitergabe dieser Vervielfältigungen an Dritte der Genehmigung durch die Kataster- und Landesvermessungsbehörden. Als Vervielfältigen gilt insbesondere Kopieren, Mikroverfilmen, Nachdrucken, Digitalisieren, Scannen sowie Speichern auf Datenträger ohne Rücksicht darauf, ob das Vervielfältigen den gesamten Inhalt des Auszuges umfaßt oder nur einzelne Daten.

Sechster Abschnitt

Pflichten der Eigentümer und der Behörden

§ 18

Melde- und Auskunftspflicht

(1) Die Grundstücks- und Gebäudeeigentümer sind verpflichtet, den Katasterbehörden die für die Führung des Liegenschaftskatasters erforderlichen Angaben nach § 2 Abs. 4 zu machen und die entsprechenden, in ihrem Besitz befindlichen Unterlagen vorzulegen. Die Eigen-

tümer der im Grundbuch nicht eingetragenen Grundstücke (§ 3 Abs. 2 Buchst. a der Grundbuchordnung) haben jede Eigentumsänderung unverzüglich anzuzeigen.

(2) Liegenschaftsbezogene Angaben nach § 2 Abs. 4, die auf Grund anderer Rechtsvorschriften im Liegenschaftskataster nachzuweisen sind, werden den Katasterämtern von der jeweils zuständigen Fachbehörde kostenfrei übermittelt.

(3) Auf Anforderung haben alle öffentlichen Stellen Unterlagen, die für die Nachweise der Landesvermessung von Bedeutung sind, den Landesvermessungsbehörden zur Auswertung vorzulegen. Auch natürliche und juristische Personen des Privatrechts haben auf Anforderung entsprechende Unterlagen vorzulegen, soweit dies zumutbar ist und ein berechtigtes Privatinteresse nicht gefährdet wird; die durch die Vorlage entstandenen Auslagen sind zu erstatten.

§ 19

Grenzänderungen, Gebäudeeinmessung

(1) Wird ein Grundstück auf Grund privatrechtlicher Vereinbarung, durch Anlandung, Abschwemmung oder in anderer Weise in seinen Grenzen verändert, so haben die Grundstückseigentümer oder die Inhaber grundstücksgleicher Rechte die zur Fortführung des Liegenschaftskatasters erforderlichen Katastervermessungen von einer Vermessungsstelle nach § 15 Abs. 1 auf ihre Kosten durchführen zu lassen. Wird diese Pflicht innerhalb einer von der Katasterbehörde festzusetzenden Frist nicht erfüllt, so kann die Katasterbehörde die Katastervermessung selbst veranlassen.

(2) Wird auf einem Grundstück ein Gebäude errichtet oder im Grundriß verändert, so ist der Eigentümer des Gebäudes verpflichtet, auf seine Kosten die Fortführung des Liegenschaftskatasters erforderliche Einmessung von einer Vermessungsstelle nach § 15 Abs. 1 durchführen zu lassen. Sofern ein Eigentümer die Einmessung nicht innerhalb von zwei Monaten nach Fertigstellung des Rohbaues selbst veranlaßt, kann die Katasterbehörde sie von Amts wegen vornehmen oder vornehmen lassen und Kostenerstattung verlangen. Kostenpflichtig ist, wer zum Zeitpunkt der Einmessung Eigentümer ist.

(3) Unbeschadet von Abs. 2 ist eine Vermessungsstelle nach § 15 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 unmittelbar berechtigt, die Einmessung vor Ablauf der Frist vorzunehmen oder vornehmen zu lassen, wenn sie bereits den Auftrag hat,

1. auf dem betroffenen Grundstück eine Katastervermessung auszuführen oder

2. Bauvorlagen, oder Teile davon, zu fertigen, in denen das betroffene Gebäude darzustellen ist.

Dabei trägt der Eigentümer des Gebäudes die Kosten der Einmessung.

- (4) In den Fällen der Abs. 1 bis 3 haften jeweils mehrere Kostenschuldner als Gesamtschuldner.

- (5) Die Vermessungsstellen nach § 15 Abs. 1 Nr. 2 und 3 sind verpflichtet, den Katasterbehörden alle Unterlagen, die für die Führung des Liegenschaftskatasters von Bedeutung sind, in einer angemessenen Frist einzureichen.

§ 20

Aufbau von Informationssystemen

Sofern Stellen der Landesverwaltung grundstücks- oder raumbezogene Informationssysteme einrichten oder betreiben, sind diese auf der Grundlage des Liegenschaftskatasters oder des amtlichen topographisch-kartographischen Informationssystems aufzubauen und zu führen.

§ 21

Betreten von Grundstücken und baulichen Anlagen

- (1) Die mit den örtlichen Arbeiten zur Durchführung dieses Gesetzes Beauftragten sind in Erfüllung ihres Auftrags berechtigt, Grundstücke und bauliche Anlagen zu betreten und zu befahren, um die erforderlichen Arbeiten auf ihnen auszuführen. Wohnungen dürfen nur mit Zustimmung der Wohnungsinhaber betreten werden.

- (2) Für Sachschäden, die den Eigentümern oder den Besitzern durch eine Maßnahme nach Abs. 1 unmittelbar entstehen, hat derjenige einen Ausgleich in Geld zu zahlen, der die Arbeit veranlaßt hat. Geringfügige Nachteile bleiben außer Betracht. Der Ausgleichsanspruch verjährt in einem Jahr; die Verjährungsfrist beginnt mit dem Ablauf des Jahres, in dem der Schaden entstanden ist. Die §§ 202 bis 224 des Bürgerlichen Gesetzbuches sind entsprechend anzuwenden.

Siebter Abschnitt

Bußgeldvorschriften

§ 22

Bußgeldvorschriften

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
- entgegen § 9 seiner Pflicht zur Erhaltung der Grenz- und Vermessungsmarken nicht nachkommt,
 - entgegen § 15 Abs. 1 Katastervermessungen ausführt oder eine Abmarkung

vornimmt oder Grenz- oder Vermessungsmarken verändert oder beseitigt oder

3. entgegen § 17 Abs. 1 und 2 Satz 1 Auszüge aus
- dem Liegenschaftskataster oder seinen Unterlagen oder
 - den Ergebnissen der Landesvermessung, einschließlich der Landeskartenwerke,
- herstellt, erteilt, vervielfältigt oder weitergibt.

- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Deutsche Mark geahndet, Gegenstände, auf die sich die Ordnungswidrigkeit bezieht, können eingezogen werden.

- (3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist in den Fällen des Abs. 1 Nr. 1 bis 3 Buchst. a die untere Katasterbehörde, in den Fällen des Abs. 1 Nr. 3 Buchst. b das Hessische Landesvermessungsamt.

Achter Abschnitt

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 23

Übergangsvorschriften

Die Befugnis, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes einer Stelle zur Mitwirkung an Katastervermessungen eingeräumt worden ist, bleibt unberührt.

§ 24

Anderung der Hessischen Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure

Die Hessische Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure vom 21. Oktober 1975 (GVBl. I S. 236)¹⁾ wird wie folgt geändert:

- § 3 Abs. 3 wird wie folgt geändert:
 - Nr. 4 erhält folgende Fassung:

„4. der Bewerber in Vermögensverfall geraten oder infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist; ein Vermögensverfall wird vermutet, wenn der Bewerber in das vom Konkursgericht oder Vollstreckungsgericht zu führende Verzeichnis (§ 107 Abs. 2 der Konkursordnung, § 915 der Zivilprozeßordnung) eingetragen ist.“
 - Nr. 6 erhält folgende Fassung:

„6. der Bewerber infolge eines körperlichen Gebrechens, wegen Schwäche seiner geistigen Kräfte oder wegen einer Sucht nicht

¹⁾ Ändert GVBl. II 363-18

nur vorübergehend unfähig ist, seinen Beruf ordnungsgemäß auszuüben.“

2. § 11 erhält folgende Fassung:

„§ 11

Vergütung

Die Vergütung für die Tätigkeit des Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs richtet sich nach den für die Leistungen der Katasterbehörden geltenden Vorschriften.“

3. In § 13 Abs. 2 und in § 20 Satz 1 wird die Verweisung „§ 3 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 und 6“ durch die Verweisung „§ 3 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 und 6“ ersetzt.
4. § 27 Nr. 6 wird gestrichen.

§ 25

Aufhebung von Vorschriften

Die diesem Gesetz entgegenstehenden Vorschriften werden aufgehoben. Namentlich werden folgende Vorschriften aufgehoben:

1. das Katastergesetz vom 3. Juli 1956 (GVBl. S. 121)²⁾, zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. November 1987 (GVBl. I S. 193),
2. das Abmarkungsgesetz vom 3. Juli 1956 (GVBl. S. 124)³⁾, zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. November 1987 (GVBl. I S. 193),
3. der Erlaß betreffend die Beteiligung der Gemeinden an den Kosten einer

Katasterneuvermessung vom 3. August 1956 (StAnz. S. 815)⁴⁾,

4. das Gesetz über die Landesvermessung vom 16. März 1970 (GVBl. I S. 231)⁵⁾,
5. das Gesetz über die Beurkundungs- und Beglaubigungsbefugnis der Vermessungsbehörden vom 15. November 1937 (RGBl. I S. 1257)⁶⁾, geändert durch Gesetz vom 31. Oktober 1972 (GVBl. I S. 349),
6. die Verordnung über Ausnahmen von der Abmarkungspflicht vom 22. September 1976 (GVBl. I S. 407)⁷⁾, geändert durch Verordnung vom 20. Dezember 1976 (GVBl. I S. 593),
7. die Verordnung über die Darstellung der Ergebnisse der topographischen Landesaufnahme vom 28. Mai 1979 (GVBl. I S. 112)⁸⁾,
8. die Verordnung über die Einrichtung und Führung des Landesluftbildarchivs vom 17. Januar 1973 (GVBl. I S. 60)⁹⁾.

§ 26

Inkrafttreten

Es treten in Kraft:

1. § 7 Abs. 6, § 13 Abs. 6 Satz 2, § 16 Abs. 7 und § 24 am Tage nach der Verkündung dieses Gesetzes,
2. die übrigen Vorschriften am ersten Tage des auf die Verkündung folgenden dritten Monats.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 2. Oktober 1992

Der Hessische
Ministerpräsident
Eichel

Der Hessische Minister
für Wirtschaft, Verkehr
und Technologie
Welteke

2) Hebt auf GVBl. II 363-3
3) Hebt auf GVBl. II 363-4
4) Hebt auf GVBl. II 363-8
5) Hebt auf GVBl. II 363-13
6) Hebt auf GVBl. II 363-16
7) Hebt auf GVBl. II 363-20
8) Hebt auf GVBl. II 363-23
9) Hebt auf GVBl. II 65-6

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Gesetz
zur Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Felder und Gärten
gegen fremde Tauben und zur Aufhebung des Brieftaubengesetzes*)**

Vom 2. Oktober 1992

Artikel 1

Das Gesetz zum Schutze der Felder und Gärten gegen fremde Tauben und zur Aufhebung des Brieftaubengesetzes vom 5. Oktober 1956 (GVBl. S. 145), geändert durch Gesetz vom 16. März 1970 (GVBl. I S. 243), wird aufgehoben.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 2. Oktober 1992

Der Hessische
Ministerpräsident
Eichel

Der Hessische Minister
für Landesentwicklung,
Wohnen, Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
Jordan

*) Hebt auf GVBl. II 882-12

**Verordnung
über die rettungsdienstliche Versorgung bei größeren Schadensereignissen*)**

Vom 10. September 1992

Übersicht

ERSTER ABSCHNITT

Allgemeine Vorschriften

- § 1 Grundsatz
- § 2 Sicherstellung
- § 3 Zuständigkeiten

ZWEITER ABSCHNITT

Präklinische Versorgung

- § 4 Vorbereitende Maßnahmen
- § 5 Maßnahmen bei größeren Schadensereignissen
- § 6 Technische Einsatzleitung
- § 7 Notärztliche Leitung
- § 8 Organisatorische Leitung

DRITTER ABSCHNITT

Mitwirkung der Krankenhäuser

- § 9 Vorbereitende Maßnahmen
- § 10 Maßnahmen bei größeren Schadensereignissen
- § 11 Ergänzende Maßnahmen bei größeren Schadensereignissen im Krankenhaus
- § 12 Selbsthilfe
- § 13 Krankenhaus-Einsatzplan
- § 14 Zusätzliche Maßnahmen bei einem erhöhten Anfall von Vergiftungen, Brandverletzungen und Strahlenschädigungen

VIERTER ABSCHNITT

Schlußvorschriften

- § 15 Inkrafttreten

Auf Grund des § 6 Abs. 2 Satz 3 und des § 7 Abs. 6 und 8 Satz 2 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes vom 18. Dezember 1990 (GVBl. I S. 725) wird im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und für Europaangelegenheiten und im Benehmen mit dem Landesausschuß für den Rettungsdienst

und auf Grund des § 9 Abs. 2 des Hessischen Krankenhausgesetzes 1989 (GVBl. I S. 452) wird im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und für Europaangelegenheiten verordnet:

*) GVBl. II 351-46

ERSTER ABSCHNITT

Allgemeine Vorschriften

§ 1

Grundsatz

(1) Die rettungsdienstliche Versorgung im Sinne dieser Verordnung umfaßt alle Maßnahmen, die über die regelmäßige Vorhaltung des Rettungsdienstes hinausgehen und die von der notfallmedizinischen Erstversorgung von verletzten, erkrankten oder sonst gesundheitlich geschädigten Personen bis zu deren anschließender Versorgung in geeigneten Behandlungseinrichtungen ergänzende Planungen und Vorbereitungen erfordern.

(2) Bei Feststellung des Katastrophenfalles nach § 13 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Katastrophenschutzgesetzes vom 12. Juli 1978 (GVBl. I S. 487), geändert durch Gesetz vom 4. November 1987 (GVBl. I S. 193), sind die zuständigen Katastrophenschutzbehörden auch für die Maßnahmen nach Abs. 1 zuständig.

§ 2

Sicherstellung

Die Landkreise und kreisfreien Städte sind verpflichtet, ihre Katastrophenschutzpläne nach § 10 des Hessischen Katastrophenschutzgesetzes mit den von den Krankenhäusern nach § 13 zu erstellenden Einsatzplänen abzustimmen.

§ 3

Zuständigkeiten

Die rettungsdienstliche Versorgung im Sinne von § 1 Abs. 1 obliegt vorrangig den Einrichtungen des Rettungsdienstes und dem nicht dem Katastrophenschutz zugeordneten Sanitätsdienst der Hilfsorganisationen, den Feuerwehren, niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten und Krankenhäusern.

ZWEITER ABSCHNITT

Präklinische Versorgung

§ 4

Vorbereitende Maßnahmen

(1) Die Planungen der Landkreise und kreisfreien Städte müssen mindestens die in der Anlage zusammengefaßten vorbereitenden Maßnahmen enthalten.

(2) Bei der Planung der vorbereitenden Maßnahmen ist vorzugeben, daß die regelmäßig verfügbaren Versorgungskapazitäten in der Regel innerhalb von

Anlage

30 Minuten angemessen verstärkt werden können. Soweit dies nicht möglich ist, soll die fristgerechte Verstärkung der Versorgungskapazitäten durch Vereinbarungen mit benachbarten Landkreisen oder kreisfreien Städten oder durch die Planung gemeinsamer vorbereitender Maßnahmen verbessert werden.

(3) Auf der Grundlage der geplanten vorbereitenden Maßnahmen ist ein besonderer Maßnahmenplan zu erstellen oder der allgemeine Alarm- und Einsatzplan entsprechend zu ergänzen. Die danach zu veranlassenden Erstmaßnahmen richten sich nach Art und Ausmaß des Schadensereignisses sowie der Art und Zahl der im eigenen Zuständigkeitsbereich unmittelbar zur Verfügung stehenden Einsatzkräfte und Versorgungskapazitäten. Der Maßnahmenplan oder der Alarm- und Einsatzplan ist mindestens jährlich fortzuschreiben; die Wirksamkeit ist durch Übungen zu überprüfen.

§ 5

Maßnahmen bei größeren Schadensereignissen

(1) Bei einem größeren Schadensereignis sind die verfügbaren Einsatz- und Behandlungskapazitäten unter Einschränkung der Regelversorgung einzusetzen und im Falle einer größeren Zahl von Verletzten und Erkrankten, bei Großschadensereignissen oder sonstigen vergleichbaren Gefahrenlagen entsprechend § 3 zu verstärken. Die Entscheidung über Art und Umfang der im Einzelfall zu treffenden Maßnahmen obliegt der zuständigen Zentralen Leitstelle.

(2) Sobald von der Zentralen Leitstelle Maßnahmen nach Abs. 1 durchzuführen sind, ist das Leitstellenpersonal schnellstmöglich zu verstärken. Dazu sollen insbesondere die dienstfreien Leitstellenmitarbeiter herangezogen werden.

§ 6

Technische Einsatzleitung

(1) Die technische Einsatzleitung führt am Gefahren- oder Schadensort alle rettungsdienstlichen Einsatzkräfte und -mittel. Sie ist entsprechend der Schadenslage personell und technisch auszustatten. Zur fachlichen Beratung kann die technische Einsatzleitung weitere entscheidungsbefugte Fachkräfte der für die Gefahrenabwehr zuständigen Dienststellen, Organisationen und Einrichtungen hinzuziehen.

(2) Soweit nicht die Voraussetzungen des § 7 Abs. 2 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes gegeben sind, obliegt die Einsatzleitung nach dem Eintreffen am Schadensort gemeinsam der notärztlichen und organisatorischen Leitung.

§ 7

Notärztliche Leitung

(1) Innerhalb der technischen Einsatzleitung hat die Leitende Notärztin oder der Leitende Notarzt im Zusammenwirken mit der organisatorischen Leiterin oder dem organisatorischen Leiter im Rahmen der notfallmedizinischen Gefahrenbewältigung insbesondere

1. Art und Anzahl der verletzten, erkrankten oder sonst gesundheitlich geschädigten Personen, Schwere und Ausmaß der gesundheitlichen Schädigung, zusätzliche Gefährdungen, Kapazitäten an rettungsdienstlichem Personal, Material, Transporträumen und sekundären Behandlungsmöglichkeiten festzustellen,
2. die Einsatzmöglichkeiten zu beurteilen,
3. die Einsatzschwerpunkte, Behandlungs- und Transportprioritäten und -ziele und die Organisation der medizinischen Rettung in Abstimmung mit den übrigen Mitgliedern der Technischen Einsatzleitung zu bestimmen,
4. Einsatzaufträge zur Durchführung der rettungsdienstlichen Maßnahmen zu erteilen.

(2) Zur Leitenden Notärztin oder zum Leitenden Notarzt kann von den Landkreisen und kreisfreien Städten nur bestellt werden, wer im Besitz einer von der Landesärztekammer Hessen ausgestellten Bescheinigung über die fachspezifische Qualifikation ist und die Maßnahmen- und Versorgungsstruktur im jeweiligen Rettungsdienstbereich kennt.

(3) Der jederzeitige Einsatz der Leitenden Notärztin oder des Leitenden Notarztes ist zu gewährleisten und die Einsatzbereitschaft in einem Dienstplan zu regeln. Zur Verbesserung der Gesamtversorgung können auch rettungsdienstbereichsübergreifende Regelungen getroffen werden.

§ 8

Organisatorische Leitung

(1) Innerhalb der technischen Einsatzleitung obliegt der organisatorischen Leiterin oder dem organisatorischen Leiter im Zusammenwirken mit der Leitenden Notärztin oder dem Leitenden Notarzt am Schadensort insbesondere

1. die Führung der rettungsdienstlichen Einsatzkräfte unter Berücksichtigung der jeweils gebotenen Sicherheitsmaßnahmen,
2. das Festlegen von Sammelstellen für die notfallmedizinisch zu versorgenden Personen und der für die weitere Versorgung notwendigen Rettungsmittel,
3. die Einweisung der Rettungsmittel und die Sicherstellung der Funk- und Fernmeldeverbindung mit den Beteiligten,

4. die Erfassung der notfallmedizinisch erstversorgten Personen und das Einrichten von Auskunftsstellen,
5. die Organisation des Abtransportes und der weiteren Versorgung von erstversorgten Personen.

(2) Zur organisatorischen Leiterin oder zum organisatorischen Leiter soll nur bestellt werden, wer über mehrjährige, praktische Erfahrungen in Leitungsfunktionen des Rettungsdienstes oder Katastrophenschutzes und über besondere Kenntnisse des Funksystems der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) verfügt, in entsprechenden Funktionen haupt- oder nebenberuflich tätig ist und die Maßnahmen- und Versorgungsstruktur im jeweiligen Rettungsdienstbereich kennt. Die Bestellung erfolgt auf Vorschlag der im Rettungsdienst und Katastrophenschutz tätigen Organisationen durch die Landkreise und kreisfreien Städte.

(3) Für die Sicherstellung der jederzeitigen Einsatzbereitschaft gilt § 7 Abs. 3 entsprechend.

DRITTER ABSCHNITT

Mitwirkung der Krankenhäuser

§ 9

Vorbereitende Maßnahmen

(1) Zur Sicherstellung der stationären Aufnahme der bei größeren Schadensereignissen notfallmedizinisch erstversorgten Personen haben die Landkreise und kreisfreien Städte im Zusammenwirken mit den Krankenhäusern mindestens

1. die zusätzlich für die Notfallbehandlung nutzbaren Räume festzustellen und deren Ausstattung und personelle Besetzung festzulegen,
2. die zusätzlich nutzbaren Bettenkapazitäten zu ermitteln und deren pflegerische Versorgung zu bestimmen,
3. die Möglichkeiten zur Erhöhung der sonstigen Versorgungskapazitäten (Labor, Apotheke, Küche) zu klären und die maximale Aufnahmekapazität fachbezogen festzulegen,
4. die Erfordernisse zur Erfassung und Weiterleitung von notfallmedizinisch erstversorgten Personen und zur Unterrichtung der Öffentlichkeit sowie zur Betreuung von Angehörigen zu regeln,
5. die Ausweichmöglichkeiten und Verstärkungskapazitäten (insbesondere niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, Hilfsdienste) zu erfassen.

(2) In die Planungen haben die Landkreise und kreisfreien Städte sonstige Ärztinnen und Ärzte (insbesondere niedergelassene oder Betriebsärztinnen und -ärzte) aufzunehmen, die sich für den Bedarfsfall zur Mitarbeit in der stationären Versorgung bereiterklärt haben.

§ 10

Maßnahmen bei größeren Schadensereignissen

(1) Die Landkreise und kreisfreien Städte haben im Zusammenwirken mit den Krankenhäusern dafür Sorge zu tragen, daß in den geeigneten Krankenhäusern nach Feststellung eines größeren Schadensereignisses die stationäre Regelversorgung soweit als möglich eingeschränkt, die Ambulanzen soweit als möglich geräumt und alle Arbeitsbereiche schnellstmöglich einsatzbereit gemacht werden. Außerdem ist vorzusehen, daß der Besucherbetrieb auf das unbedingt notwendige Maß begrenzt und die Entlassung von Personen, deren Behandlung anderweitig möglich ist oder zurückgestellt werden kann, sofort veranlaßt wird. Bei Bedarf ist eine Verlegung in andere geeignete Krankenhäuser vorzusehen.

(2) Für die Aufnahme von zugewiesenen notfallmedizinisch erstversorgten Personen ist ein geeigneter Raum in der Nähe der Notfallaufnahme und -ambulanz oder Liegend-Krankenzufahrt vorzusehen. Soweit vorhanden, ist die Nutzung von Aufenthaltsräumen als Warteräume für leichtverletzte Personen vorzusehen.

§ 11

Ergänzende Maßnahmen bei besonderen Gefahrenlagen im Krankenhaus

(1) Um die Folgen möglicher besonderer Gefahrenlagen in den Krankenhäusern auf das unabwendbare Maß zu begrenzen, sind von den Krankenhäusern ergänzende Hilfs- und Abwehrmaßnahmen zu planen. Die Planung muß insbesondere Maßnahmen für eine schnelle Evakuierung des Krankenhauses und die notwendigen Selbstschutzmaßnahmen umfassen. Daneben sind Maßnahmen vorzusehen, die eine Ausbreitung von Gefahrenlagen verhindern oder soweit als möglich begrenzen.

(2) Zur Vorbereitung von Evakuierungsmaßnahmen sind insbesondere geeignete Ausweichobjekte zu bestimmen und die notwendigen Verlegungsmaßnahmen festzulegen. Soweit sich in der Umgebung von Krankenhäusern besondere Gefahrenpunkte befinden, sind ergänzende Maßnahmen zur Bewältigung möglicher Gefahrenlagen zu treffen.

§ 12

Selbsthilfe

Die Landkreise und kreisfreien Städte wirken darauf hin, daß die Krankenhäuser im Rahmen ihrer Möglichkeiten Selbsthilfemaßnahmen vorsehen, die bei besonderen Gefahrenlagen in den Krankenhäusern schnell und wirkungsvoll eingesetzt werden können, bis Hilfe durch Dritte erfolgt. Dazu gehören neben Maßnahmen zur Schadensbekämpfung mit den vorhandenen Mitteln auch das Freihalten der Anfahrtswege für die Feuer-

wehr und Hilfsdienste, die Verkehrslenkung innerhalb des Krankenhausbereichs und die Aufrechterhaltung der Wasser- und Energieversorgung. Die entsprechenden Festlegungen sind in den Krankenhaus-Einsatzplan nach § 13 aufzunehmen.

§ 13

Krankenhaus-Einsatzplan

(1) Die Krankenhäuser legen in einem besonderen Krankenhaus-Einsatzplan fest, welche zusätzlichen Maßnahmen für die Aufnahme einer erhöhten Zahl von notfallmedizinisch erstversorgten Personen und zur Bewältigung interner Gefahrenlagen erforderlich sind. Der Krankenhaus-Einsatzplan muß unter Berücksichtigung jeweiliger Besonderheiten mindestens die Maßnahmen nach den §§ 9 bis 12 bestimmen und ist von jedem Krankenhaus mit den Planungen der für den Rettungsdienst, den Brandschutz und den Katastrophenschutz zuständigen Behörden abzustimmen.

(2) Der Krankenhaus-Einsatzplan ist regelmäßig zu prüfen und fortzuschreiben.

(3) Den verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist der jeweils maßgebliche Krankenhaus-Einsatzplan zur Kenntnis zu geben. Teilpläne sind dem betroffenen Personenkreis zur Verfügung zu stellen.

(4) Der Krankenhaus-Einsatzplan ist in den Katastrophenschutzplan nach § 10 des Hessischen Katastrophenschutzgesetzes aufzunehmen. Er ist nach dem Musterplan zu erstellen, den das für den Rettungsdienst zuständige Ministerium vorgibt.

(5) Die Gesundheitsämter sind im Rahmen ihrer Aufgaben nach § 47 Abs. 3 der Dritten Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 30. März 1935 (RMBl. S. 327, 435), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. Dezember 1987 (GVBl. 1988 I S. 11), auch verpflichtet, die Fortführung des Krankenhaus-Einsatzplanes im Sinne der Abs. 2 bis 4 zu prüfen und darauf zu achten, daß die Übungen nach § 9 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Krankenhausgesetzes 1989 durchgeführt werden.

§ 14

Zusätzliche Maßnahmen bei einem erhöhten Anfall von Vergiftungen, Brandverletzungen und Strahlenschädigungen

(1) Im Fall einer größeren Anzahl von Vergiftungen hat die technische Einsatzleitung oder das betroffene Krankenhaus sofort Ermittlungen über die Art des Giftstoffes zu veranlassen und unter Beteiligung der zuständigen Vergiftungszentrale eine Antidot-Behandlung einzuleiten. Bei einem Schadensereignis mit Kontaktgiften sind durch die technische Einsatzleitung oder das betroffene Krankenhaus geeignete Einrichtungen mit Wasch- oder Duschvorrichtungen für die Dekontamination zu bestimmen. Das beauftragte Personal hat im Einsatzfall Schutzanzüge anzulegen, die sowohl für den Rettungsdienst als auch in den dafür vorgesehenen Krankenhäusern vorzuhalten sind.

(2) Bei einem Strahlenunfall hat die technische Einsatzleitung zur medizinischen Versorgung im Strahlenschutz erfahrene Fachkräfte zuzuziehen. Vor der stationären Aufnahme von strahlengeschädigten Personen sind diese in besonderen Notfallstationen zu dekontaminieren und die Strahlenexposition zu ermitteln. Die Ermittlung der Strahlenexposition in den besonderen Notfallstationen erfolgt durch geeignetes ärztliches Personal, das sich gegenüber dem jeweiligen Landkreis oder der kreisfreien Stadt zur Übernahme dieser Aufgabe verpflichtet hat. Die Erreichbarkeit ist in die Krankenhaus-Einsatzpläne aufzunehmen und der jeweils zuständigen Zentralen Leitstelle bekanntzugeben. Für die Erstversorgung sind abgeschlossene Untersuchungs-, Behandlungs- und Sammelstellen zu bestimmen. Kleidungsstücke und Gegenstände der strahlengeschädigten Personen sind gesondert aufzubewahren, bis geklärt ist, ob eine Kontaminationsgefahr vorliegt.

(3) Zur Vermittlung von Behandlungsmöglichkeiten für Personen mit Vergiftungen, Verbrennungen oder Strahlenschädigungen haben die Zentralen Leitstellen besondere Nachweise über die in Frage kommenden Behandlungseinrichtungen zu führen.

VIERTER ABSCHNITT

Schlußvorschriften

§ 15

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 10. September 1992

Die Hessische Ministerin
für Jugend, Familie und Gesundheit

Blaul

Anlage

**Vorbereitende Maßnahmen zur Gefahrenabwehr bei Schadensereignissen
mit einer erhöhten Anzahl von verletzten, erkrankten oder sonst gesundheitlich
geschädigten Personen**

1. Erfassung von Personal und Einrichtungen des Rettungsdienstes im eigenen Rettungsdienstbereich
 - a) Zahl und Qualifikation der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
 - b) Zahl, Art und Ausstattung der Rettungsmittel
 - c) Art, Menge und Lagerort der Sanitätsvorräte, insbesondere Arzneimittel
 - d) Verfügbarkeit des Personals und der Rettungsmittel
 - e) Zahl und Qualifikation der Notärztinnen und Notärzte
 - f) Verfügbarkeit der Notärztinnen und Notärzte
2. Erfassung von Personal und Einrichtungen des Sanitäts- und Betreuungsdienstes
 - a) Zahl und Standort der Sanitäts- und Betreuungszüge
 - b) materielle Ausstattung der Sanitätszüge mit Fahrzeugen und Gerät
 - c) Zahl der in den Sanitätszügen mitwirkenden Ärztinnen und Ärzte
 - d) Verfügbarkeit des Personals einschließlich der Ärztinnen und Ärzte und der Fahrzeuge
 - e) Art, Ausstattung und Aufnahmekapazität von Betreuungseinrichtungen
 - f) Verfügbarkeit der Betreuungseinrichtungen
 - g) Zahl, Lagerort und Transportmöglichkeiten von Arzneimitteln
 - h) Zahl, Lagerort und Transportmöglichkeiten von Feldbetten, Decken und Zelten
3. Erfassung der nach dem § 4 Abs. 2 Nr. 3 des Brandschutzhilfeleistungsgesetzes getroffenen Brandschutzmaßnahmen
4. Verstärkung des Rettungsdienstes

Der örtliche Rettungsdienst ist je nach Schadenslage und verfügbarer eigener Kraft entsprechend § 4 Abs. 2 der Verordnung zu verstärken. Dazu sind folgende Möglichkeiten zu berücksichtigen:

 - a) Einsatz des dienstfreien Rettungspersonals und anderer Einrichtungen
 - b) Vereinbarung der Art und des Umfangs nachbarlicher Hilfeleistung mit benachbarten Rettungsdienstbereichen und Erstellen entsprechender Alarm- und Einsatzpläne
 - c) Gemeinsame Wahrnehmung der Aufgaben der Gefahrenabwehr (Rettung und Versorgung von Notfallpatienten) entsprechend diesen Grundsätzen und gemäß § 4 Abs. 3 des Brandschutzhilfeleistungsgesetzes mit anderen Landkreisen und kreisfreien Städten
 - d) Einsatz von Katastrophenschutz-Einheiten und -Einrichtungen im Wege der Amtshilfe
 - e) Besetzung der Funktion der Leitenden Notärztin oder des Leitenden Notarztes durch die zuständige Behörde nach einem Dienstplan in Form einer Rufbereitschaft

- f) Besetzung der Funktion der organisatorischen Leiterin oder des organisatorischen Leiters durch die zuständige Behörde nach einem Dienstplan in Form einer Rufbereitschaft
 - g) Erfassung überörtlicher schnellverfügbarer Hilfskräfte und Einrichtungen
 - aa) Rettungs- und Transporthubschrauber des Katastrophenschutzes, Bundesgrenzschutzes, der Bundeswehr und andere Streitkräfte sowie weiterer geeigneter Institutionen
 - bb) Sanitätsdienste und notärztliches Personal im Umkreis von ca. 50 km, insbesondere Schnelleinsatzzüge, Schnelleinsatzgruppen, Bundeswehr und andere Streitkräfte, werksärztliche Dienste
 - cc) Einheiten des Technischen Hilfswerkes
 - dd) Bergwacht und Wasserrettung, insbesondere Tauchergruppen
 - ee) Rettungshundestaffeln
5. Erfassung geeigneter Behandlungseinrichtungen
- a) Krankenhäuser

Es sind alle für die Aufnahme von verletzten, erkrankten oder sonst gesundheitlich geschädigten Personen geeignete Krankenhäuser im Umkreis von ca. 50 km sowie Spezialkliniken und -einrichtungen mindestens wie folgt zu erfassen:

 - aa) Verzeichnis der Krankenhäuser mit ihren Fachabteilungen einschließlich Spezialgebieten
 - bb) Operations- und Behandlungskapazitäten der einzelnen Fachabteilungen
 - cc) Bettenkapazitäten einschließlich Intensivbetten und Reanimationseinheiten
 - dd) Möglichkeiten der Kapazitätserweiterungen
 - ee) Spezialkliniken, z. B. regionale Strahlenschutzzentren, zur radioaktiven Dekontaminierung und zur Versorgung von Schwerstbrandverletzten
 - ff) Informationszentren, z. B. Zentrale Vermittlungsstelle für Brandverletzte und Vergiftungszentralen
 - b) Arztpraxen

In Zusammenarbeit mit den zuständigen Bezirksstellen der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen sind geeignete Arztpraxen unter Berücksichtigung einer umfassenden Erstversorgung von leichter verletzten, erkrankten oder sonst gesundheitlich geschädigten Personen zu erfassen. Bei der Auswahl der Praxen ist auch die räumliche Nähe zu möglichen Notunterkünften (Schulen, Turnhallen, Vereinsheimen usw.) einzubeziehen.

 - aa) Praxen von Durchgangsärztinnen oder -ärzten (von den Berufsgenossenschaften besonders bestellte Ärzte für die Behandlung von Arbeitsunfällen mit spezieller Praxisausstattung)
 - bb) Praxen von anderen Ärztinnen und Ärzten, die an der Heilbehandlung von Arbeitsunfällen beteiligt sind (mit spezieller Praxisausstattung)
6. Erfassung von Sanitätsmaterial
- a) Apotheken und pharmazeutische Großhandlungen
 - b) Verbandsstoff-Firmen und deren Auslieferungslager
 - c) Sanitätslager der Bundeswehr und des Katastrophenschutzes

**Fünfte Verordnung
zur Änderung der Bautechnischen Prüfungsverordnung*)**

Vom 16. September 1992

Auf Grund des § 117 Abs. 3 Nr. 1 Buchst. b und Nr. 2 der Hessischen Bauordnung in der Fassung vom 20. Juli 1990 (GVBl. I S. 476, 566), zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. April 1992 (GVBl. I S. 126), wird verordnet:

Artikel 1

Die Bautechnische Prüfungsverordnung vom 12. September 1977 (GVBl. I S. 380), zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. Dezember 1991 (GVBl. 1992 I S. 30), wird wie folgt geändert:

1. In § 7 Abs. 2 Nr. 5 werden im 1. Halbsatz die Worte „als Bauleiter“ ersetzt durch die Worte „in der Objektüberwachung“.
2. In § 15 Abs. 6 Satz 3 wird die Zahl „105“ durch „125“ ersetzt.

Artikel 2

Prüfverfahren, die vor Inkrafttreten dieser Verordnung durch Prüfauftrag eingeleitet wurden, werden nach den bisher geltenden Vorschriften abgewickelt. Maßgebend für die Gebühren der Prüfer und Prüfsachverständigen ist der Zeitpunkt des Prüfauftrags. Bei länger andauernden Prüfaufträgen, deren Unterlagen als Teilabschnitte oder als weitere Teilleistungen nach Inkrafttreten dieser Verordnung dem Prüfer oder Prüfsachverständigen zugeleitet werden, gilt der jeweilige Zugang der Unterlagen für die Teilabschnitte oder Teilleistungen als neuer Prüfauftrag.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 16. September 1992

Der Hessische Minister für Landesentwicklung,
Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

Jordan

*) Ändert GVBl. II 361-67

**Anordnung zur Änderung der Anordnung
über Zuständigkeiten in Personalangelegenheiten der Beamten
im Geschäftsbereich des Ministeriums für
Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz*)**

Vom 18. September 1992

Auf Grund

1. des § 8 a Satz 2 des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 23. Dezember 1976 (GVBl. I S. 547), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Februar 1992 (BGBl. I S. 266), auch in Verbindung mit Art. 2 des Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher und dienstrechtlicher Vorschriften vom 2. Dezember 1986 (GVBl. I S. 393),
2. des § 126 Abs. 3 Nr. 2 Satz 2 des Beamtenrechtsrahmengesetzes in der Fassung vom 27. Februar 1985 (BGBl. I S. 463), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Juni 1992 (BGBl. I S. 1030), in Verbindung mit § 1 Satz 2 des Gesetzes über Ermächtigungen zum Erlaß von Rechtsverordnungen vom 3. Juli 1961 (BGBl. I S. 856) und § 1 Satz 2 der Verordnung zur Übertragung der Ermächtigung nach § 126 Abs. 3 Nr. 2 Satz 2 des Beamtenrechtsrahmengesetzes vom 2. Oktober 1980 (GVBl. I S. 350), geändert durch Verordnung vom 11. Januar 1988 (GVBl. I S. 2),

wird, soweit der Zentralen Besoldungsstelle Hessen Befugnisse übertragen werden im Einvernehmen mit der Ministerin der Finanzen, bestimmt:

Artikel 1

Die Anordnung über Zuständigkeiten in Personalangelegenheiten der Beamten im Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz vom 21. Juni 1988 (GVBl. I S. 269), geändert durch Verordnung vom 14. März 1989 (GVBl. I S. 93), wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift und in § 1 Abs. 1 Nr. 3 Satz 2, § 7 Abs. 1, § 9, § 13 Abs. 1 und 2, § 19 Abs. 2, § 20 und § 21 werden jeweils die Worte „Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz“ durch die Worte „Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz“ ersetzt.
2. § 1 Abs. 2 erhält folgende Fassung:
„(2) Dem Hessischen Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung werden für seinen Geschäftsbereich die Befugnisse übertragen, nach den §§ 28 bis 30 des Hessischen Beamtenrahmengesetzes und § 123 des Beamtenrechtsrahmengesetzes
1. Beamte des gehobenen Dienstes der Besoldungsgruppen A 12 und A 13 zu einem anderen Dienstherrn oder zu einer anderen Verwaltung abzuordnen und zu versetzen,

2. Beamte des höheren Dienstes bis zur Besoldungsgruppe A 16 zu einem anderen Dienstherrn, zu einer anderen Verwaltung oder innerhalb seines Geschäftsbereichs abzuordnen und zu versetzen. Die Abordnung für eine Dauer von mehr als sechs Monaten und die Versetzung innerhalb seines Geschäftsbereichs bedarf der vorherigen Zustimmung des Ministeriums für Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz.“
3. In § 3 Abs. 2 und in § 4 werden jeweils die Worte „Minister für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz“ durch die Worte „Ministeriums für Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz“ ersetzt.
4. § 7 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach den Worten „soweit in“ werden die Worte „Abs. 2 und“ eingefügt.
 - bb) Nr. 4 erhält folgende Fassung:
„4. zuviel gezahlte Bezüge nach § 12 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung vom 9. März 1992 (BGBl. I S. 410), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Juli 1992 (BGBl. I S. 1222), und nach § 3 Abs. 6 des Gesetzes über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung in der Fassung vom 23. Mai 1975 (BGBl. I S. 1173, 1238), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Februar 1992 (BGBl. I S. 266), zurückzufordern, soweit die Überzahlung auf einer Maßnahme nach Nr. 1, 2 oder 3 beruht.“
 - b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Bezeichnung „Kap. 09 34 und Kap. 09 51—422 01“ wird durch die Bezeichnung „Einzelplan 09“ ersetzt.
 - bb) Als Nr. 1 wird eingefügt:
„1. das Besoldungsdienstalter festzusetzen.“
 - cc) Die bisherigen Nr. 1 bis 6 werden Nr. 2 bis 7.
 - dd) In der bisherigen Nr. 4 wird die Angabe „Nr. 1, 2 oder 3“ durch die Angabe „Nr. 1 bis 4“ ersetzt.
 - ee) In der bisherigen Nr. 6 wird die Angabe „Nr. 1 bis 5“ durch die Angabe „Nr. 1 bis 6“ ersetzt.

*) Ändert GVBl. II 320-106

5. § 8 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„1. Die Besoldung der Beamten — mit Ausnahme der Festsetzung des Besoldungsdienstalters — festzusetzen.“

b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nr. 1 wird gestrichen.

bb) Die bisherigen Nr. 2 bis 6 werden Nr. 1 bis 5.

cc) In der bisherigen Nr. 4 wird die Angabe „Nr. 1 bis 3“ durch die Angabe „Nr. 1 und 2“ ersetzt.

dd) In der bisherigen Nr. 6 wird die Angabe „Nr. 1 bis 4“ durch die Angabe „Nr. 1 bis 3“ ersetzt.

c) Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die Befugnisse nach Abs. 1 werden dem Regierungspräsidium in Darmstadt auch für die Beamten der Hessischen Landesprüfstelle für Baustatik übertragen.“

6. § 9 wird wie folgt geändert:

a) In Nr. 1 werden die Worte „der Hessischen Naturschutzstelle“ gestrichen.

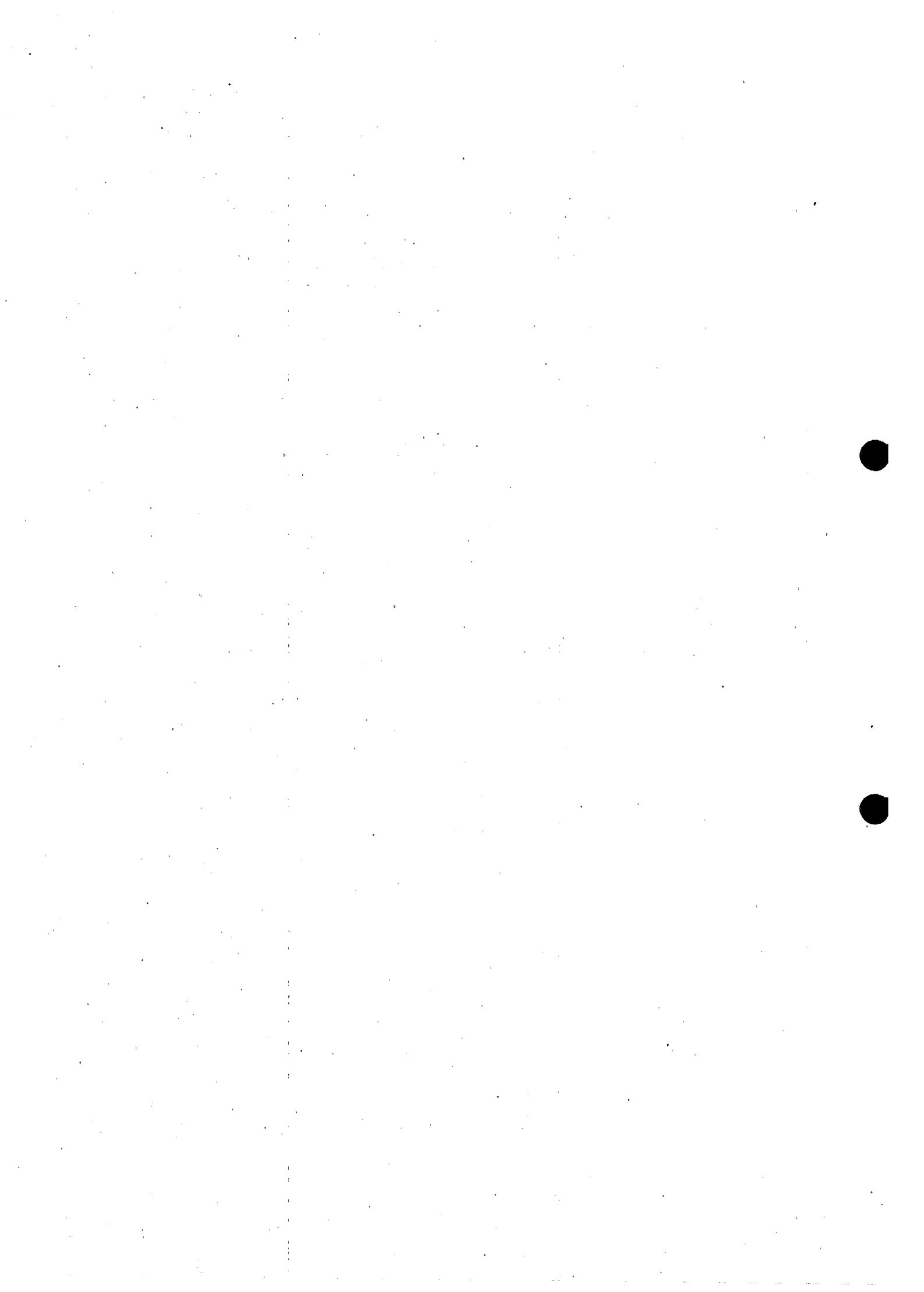
b) In Nr. 2 wird die Angabe „§ 8 Abs. 2 Nr. 2 und 3“ durch die Angabe „§ 8 Abs. 2 Nr. 1 und 2“ und die Angabe „§ 8 Abs. 2 Nr. 2“ durch die Angabe „§ 8 Abs. 2 Nr. 1“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Anordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Wiesbaden, den 18. September 1992

Der Hessische Minister für Landesentwicklung,
Wohnen, Landwirtschaft, Forsten
und Naturschutz
Jordan



Schluß mit dem Suchen!

Haben Sie sich nicht schon oft mehr oder weniger laut bei sich selbst oder bei Ihren Mitarbeitern beklagt, daß Sie ein hessisches Gesetz, eine Verordnung in der falschen Fassung vorgelegt bekommen haben?

In den meisten Fällen müssen aber mehrere Ausgaben vom „Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen, Teil I“, die oft Jahre vorher veröffentlicht worden sind, zusammengesucht werden, um den vollständigen, gültigen Text nach neuestem Stand zu haben. Das



Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen

Teil II

Loseblattsammlung des bereinigten Hessischen Landesrechts
in sechs Ordnern mit rund 5 000 Seiten,
herausgegeben vom Hessischen Minister der Justiz,

enthält alle gültigen Rechtsvorschriften des Landes Hessen, und es enthebt somit den Leser der zeitraubenden Suche in den alten Bänden des „Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Hessen, Teil I“, das die Basis des vorliegenden großen Werkes ist.

Eine „Gliederung“, das „Stichwortregister“ sowie das „Verzeichnis der geltenden landesrechtlichen Vorschriften nach Sachgebieten geordnet“, in dem auch außer Kraft getretene Vorschriften aufgeführt sind, erleichtern die Handhabung des nach sachlichen Gesichtspunkten aufgebauten Werkes sehr. Mehrmals im Jahr erscheinen Ergänzungslieferungen im Abonnement.

Als letzte liegt die 108. Ergänzungslieferung vor; sie enthält unter anderem:

- Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arzneimittelrechts
- Krankenhausbetriebs-Verordnung
- Verordnung über die Prüfung haustechnischer Anlagen und Einrichtungen in Gebäuden
- Verordnung über die Zuständigkeiten der hessischen Finanzämter
- Verordnung über Zuständigkeiten bei der Preisbildung und Preisüberwachung sowie nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
- Verordnung zur Regelung um Zuständigkeiten nach dem Gentechnikgesetz
- Hessische Ausführungsverordnung zum Flächenstilllegungsgesetz 1991
- Verordnung über gemeinschaftliches Fischen
- Verordnung zur Ausführung des Hessischen Sonderabfallabgabengesetzes
- Verdachtsflächendatei-Verordnung

Sollten Sie das Werk noch nicht besitzen, schickt Ihnen der Verlag gern genaue Unterlagen.

Verlag Dr. Max Gehlen

Daimlerstraße 12 · Postfach 15 62 · 6380 Bad Homburg v. d. Höhe · Telefon (0 61 72) 1 80 40

Absender: Verlag Dr. Max Gehlen GmbH & Co. KG
Postfach 15 62 · 6380 Bad Homburg v. d. Höhe

Herausgeber: Hessische Staatskanzlei, Wiesbaden

Verlag: Verlag Dr. Max Gehlen GmbH & Co. KG, Postfach 15 62,
6380 Bad Homburg v. d. Höhe; Telefon (0 61 72) 18 04-148,
Telefax (0 61 72) 2 30 55
Postgiroamt: Frankfurt/M. 228 48-607 (BLZ 500 100 60)

Druck: Taunusbote, Buchdruckerei Dr. Alexander Krebs,
6380 Bad Homburg v. d. Höhe

Abo-Verwaltung: RZS-Abonnentenverwaltung GmbH,
Postfach 100, 6330 Wetzlar, Fernruf (0 64 41) 8 04 14, Telefax 8 04 37

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement.
Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Abbestellungen zum 31. Dezember
müssen spätestens am 15. November beim Verlag vorliegen. Fälle
höherer Gewalt, Streik, Aussperrung und dergleichen entbinden den
Verlag von der Verpflichtung auf Erfüllung von Aufträgen und
Schadensersatzleistung.

Einbanddecken können nur direkt bezogen werden von: Buchbinde-
rei Rudolf Eggenberger, Akazienweg 22, 6720 Speyer (Rhein), Tele-
fon (0 62 32) 3 29 72.

Bezugspreis: Der jährliche Bezugspreis beträgt 70,00 DM
einschließlich 4,90 DM Mehrwertsteuer.

Einzelstücke dieser Ausgabe können vom Verlag zum Preis von
25,20 DM einschl. Mehrwertsteuer zuzüglich Versandkosten bezogen
werden.